

ZEITSCHRIFT
DER FRAKTION UND
DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
FEBRUAR 2020

DIE aNDERE



Richard David
Precht
Die Kunst,
kein Egoist
zu sein

Warum wir gerne
gut sein wollen und
was uns davon abhält



Sommerhilfe
HOHENZOLLERN

Gemeinsame
SPENDENAKTION

AKTION
sorgenprinz



Liebe Leser*innen,

herzlich willkommen zur neuen Ausgabe unserer Wähler*innengruppenzeitung.

2020 – ein Jahr voller Jubiläen, welches auch von unseren Autor*innen nicht unberücksichtigt bleiben soll:

Carsten Linke wirft einen Blick zurück auf die letzte Volkskammerwahl vor 30 Jahren, **Sten** schaut auf die kommenden Feierlichkeiten zum 03. Oktober und auf den Kapp-Putsch, der sich im März zum 100. Mal jährt.

Unserem Dauerthema Garnisonkirche widmet sich **Sara Krieg**. Sie zeigt auf, wie die Rekonstruktion den Rechtsruck bedient. **Carsten Linke** bezieht zudem Stellung zu den Forderungen der **Hohenzollern** und analysiert den aktuellen Bürger*innenhaushalt.

Gleich zwei spannende Interviews finden sich in der vorliegenden Ausgabe: **Jeanette Toussaint** gibt Antworten zu ihren Rechercharbeiten über Frauen der Geschichte. **Djamal Okoko** und **Kai Okurka**, Mitglieder des Behindertenbeirates, geben Einblick in ihr Leben und die Behindertenpolitik der Stadt Potsdam. **Steffen Pfrogner**, neuer Stadtverordneter, teilt mit den Leser*innen Erwartungen an die und Eindrücke aus der SVV.

Die Kommunalwahl im Mai 2019 brachte unserer Fraktion zwei Sitze Zuwachs – Herzlichen Dank noch einmal an unsere Wähler*innen! Bis zum Sommer 2020 werden **Steffen Pfrogner**, **Jenny Pöller**, **Lutz Boede**, **Dr. Anja Laabs**, **Julia Laabs** und **Daniel Zeller** (◀ Foto – v.l.n.r.) unsere Themen und die Anliegen unserer Wähler*innen in der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen vertreten. Dafür wünschen wir gutes Gelingen!

Wie immer freut sich die Redaktion über Anregungen und Kritik und wünscht viel Spaß beim Lesen der Zeitschrift.

Potsdam / 14.01.2020

Anja Heigl



Inhalt

Aus dem Rathaus

05 **Kurznotizen**

07 **Halbzeit – krafterzeugende Ernüchterung**

Ein aNDERER Blick auf das Planen und Bauen in Potsdam

Garnisonkirche

13 **Adel, Nationalsozialismus und ein Sorgenprinz**

Eine Geschichte von Legenden und Unmoral

18 **Rekonstruktion mit rechter Rhetorik**

Wie der Wiederaufbau den Rechtsruck bedient und umgekehrt

Geschichtsschreibung

26 **Frauen der Geschichte**

Eine Spurensuche – manchmal zermürbend, oft ärgerlich

32 **Unerinnerte Aktualitäten: 100 Jahre Kapp-Putsch**

34 **Die Volkskammerwahl 1990**

Ein Rückblick und eine Erklärung für eine andere Sichtweise als die gängige

38 **Das Reichseinigungsfest**

Die Feierlichkeiten zu 30 Jahre Fastgroßdeutschland im Oktober 2020 in Potsdam

Gesellschaft

40 **Inklusion ist ein Trugschluss**

Interview mit Djamal Okoko und Kai Okurka

44 **Der Bürger*innen-Haushalt 2020/21**

Klare Voten gegen das Garnisonkirchenprojekt und für mehr ökologische und soziale Aktivität

46 **Partizipatives Sponsoring durch die ProPotsdam – DIE aNDERE hilft gern!**

Teil 6

Aus dem Rathaus

Kurznotizen

Bürgerbegehren für faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen im Klinikum

Zum Jahresbeginn übergab die Initiative *Gesunde Zukunft Potsdam* zwei Bürgerbegehren mit insgesamt mehr als 35.000 Unterschriften an den Wahlleiter der Stadt Potsdam. Wenn dessen Prüfung ergibt, dass mindestens 10 % der Wahlberechtigten gültig unterschrieben haben, müssen sich die Stadtverordneten und die Kommunalaufsicht mit den Anliegen befassen. Möglicherweise wird die Entscheidung in einem Bürgerentscheid getroffen.

DIE aNDERE unterstützt die Forderungen nach einer tarifgerechten Bezahlung für alle Beschäftigtengruppen in allen Betriebsteilen der *Klinikgruppe Ernst von Bergmann*. Mit mehreren Anfragen und Anträgen wollen wir Klarheit über die hohen Rücklagen des Klinikums, über die Zahl der Überlastungsanzeigen der Beschäftigten und über die fehlerhafte Kostenschätzung des Oberbürgermeisters schaffen.

Frauennamen in der alten Stadtmitte

Die Diskussion um die neuen Straßennamen am *Alten Markt* stellte bislang einen Höhepunkt der Debattenkultur in der neuen Stadtverordnetenversammlung dar. Nach einer niveauvollen Grundsatzdebatte beschloss die SVV mit großer Mehrheit (SPD, aNDERE, Teile der Grünen und Linken), die neuen Straßen, die auf dem ehemaligen Fachhochschulgelände entstehen sollen, nach **Anna Flügge**, **Erika Wolf** und **Anna Zielenziger** zu benennen. Diese Frauen haben die Entwicklung der Stadt durch ihr gesellschaftspolitisches und soziales Engagement geprägt und erhalten nun erstmals eine prominente Würdigung im Stadtzentrum.

Bus 609 bis Priort

Auf Antrag unserer Fraktion (19/SVV/0907) beauftragte die SVV den Oberbürgermeister damit, eine Verlängerung der Buslinie 609 bis zum Bahnhof Priort zu prüfen. Mit einer Streckenverlängerung von wenigen Kilometern könnte der Potsdamer Norden an die Regionalbahnlinie RB21 angeschlossen werden, die zwischen Wustermark und Berlin-Friedrichstraße verkehrt. Wir sind auf das Prüfergebnis gespannt.

Barrierefreier Weihnachtsmarkt

Unsere Fraktion fordert, dass vor einer erneuten Genehmigung des Weihnachtsmarktes nachgewiesen werden soll, dass dieser barrierefrei zugänglich und mit weniger Belästigungen für die Anwohner*innen verbunden ist. Sollte das auf der Brandenburger Straße nicht umzusetzen sein, muss aus unserer Sicht schnell ein anderer Standort für den Weihnachtsmarkt gefunden werden.

Schulstandort Waldstadt-Süd

Eine der umstrittensten Entscheidungen seit der Kommunalwahl war der Beschluss über den Schulstandort Waldstadt-Süd. Eine Mehrheit aus SPD, CDU und Grünen beschloss die Bebauung des Landschaftsschutzgebietes am Bahnhof Rehbrücke mit einer Gesamtschule, einer Förderschule und zwei wettkampftauglichen Großfeldplätzen. Trotz Protesten von *Fridays for Future* und fachlichen Bedenken der *Oberen Naturschutzbehörde* brachen damit B90/Grüne ihr Wahlversprechen. DIE aNDERE lehnt weiterhin den Bau neuer Förderschulen ab und fordert stattdessen eine weitere Öffnung der Regelschulen für Kinder mit zusätzlichem Förderbedarf. Außerdem halten wir den Bau von zwei neuen Sportplätzen auf der Kulturbodendeponie für ausreichend, wenn bestehende Sportstätten verdichtet werden und im Sportforum Schlaatz endlich ein wettkampftauglicher Kunstrasenplatz entsteht. Der BUND hat inzwischen angekündigt, gegen die Fällung im Landschaftsschutzgebiet zu klagen.

Kunstrasenplatz am Schlaatz

Im November beschlossen die Stadtverordneten Anträge der CDU und der aNDEREN zur Schaffung eines wettkampftauglichen Kunstrasenplatzes im Sportforum Schlaatz. Damit erhält der Kiezverein *Juventas Crew Alpha* (JCA) endlich eine Perspektive, seine Heimspiele wieder am Schlaatz austragen zu können. Das stärkt nicht nur die sozialen Strukturen im Stadtteil, sondern schafft auch zusätzliche Trainingsmöglichkeiten für die Kinder- und Jugendteams des JCA.

ProPotsdam gegen Mietendeckel?

Der *GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen* plant eine Kampagne gegen den Mietendeckel und die Forderung der Berliner Mieter*innenbewegung zur Enteignung großer Immobilienunternehmen. Für diese Kampagne sind die Mitgliedsunternehmen, zu denen auch unsere städtische Wohnungsgesellschaft *ProPotsdam* zählt, aufgerufen, 30 Cent pro Wohnung zu spenden. DIE aNDERE beantragte daher, jede finanzielle und personelle Unterstützung zu unterlassen und stattdessen die *ProPotsdam* zu beauftragen, ihre Mitgliedsrechte im Bundesverband zu nutzen, um darauf hinzuwirken, dass die Kampagne abgesagt wird. Zwar versicherte der Oberbürgermeister, dass die *ProPotsdam* sich an der Kampagne nicht beteiligt. Dennoch lehnte die große Mehrheit des Hauptausschusses unseren Antrag letztlich ab. Zentrales Argument war, dass man das (städtische!) Unternehmen nicht zwingen wolle, gegen die eigene Überzeugung zu agieren.

Ausländerbehörde modernisieren

Immer wieder beschäftigen unsere Stadtverordneten die Zustände in der Ausländerbehörde. Derzeit sind gleich mehrere Anträge dazu in den Ausschüssen der SVV unterwegs. So haben wir beantragt, dass Anträge auf Arbeitserlaubnis schneller entschieden werden, dass auch in der Ausländerbehörde endlich das Online-Dolmetschen eingeführt wird und dass offengelegt wird, wie sich die Wohnungsunterbringung von Flüchtlingen entwickelt hat seit die Ausländerbehörde für die Auszugserlaubnis zuständig ist.

Aus dem Rathaus Halbzeit – krafterzeugende Ernüchterung

Ein aNDERER Blick auf das Planen und Bauen in Potsdam

VON STEFFEN PFROGNER

Obwohl ich in kommunalpolitischen Abläufen nicht unerfahren war, hatte ich erwartungsvoll das für DIE aNDERE gewonnene Stadtverordnetenmandat angenommen. Ein halbes Jahr ist nun vorbei. Ernüchterung und Freude halten sich die Waage. Unsere von starken Persönlichkeiten geprägte sechsköpfige Fraktion ist für mich immer wieder Anlass, in den Gremien unter den zahlreichen Unwissenden um Zustimmung für unsere fachpolitischen Ziele zu kämpfen. Vom Planen und Bauen will ich auszugsweise berichten.

Juni 2019. Die Stadtverordnetenversammlung konstituiert sich. Es deutet sich eine neue Rathauskooperation aus Sozialdemokraten, Grünen und Linkssozialisten an. Noch ist nicht auszuschließen, dass es einen anderen Umgang zwischen den Fraktionen untereinander geben kann. Bis die drei Kooperationspartner die Grundzüge ihres politischen Zusammenhalts verabschieden, ist Zeit für Anträge der linksalternativen Opposition DIE aNDERE. Das macht Hoffnung, auch weil es bei einem der ersten Anträge unserer Fraktion eine gemeinsame Einreichung mit den drei Kooperationspartnern und dem Stadtverordneten von DIE PARTEI gibt: „*Potsdam erklärt den Klimanotstand*“. Die Bedenken der Mitwirkenden ausgeräumt, Anregungen gemeinsam diskutiert und abgestimmt, gelingt es unabhängig von künftigen Machtverhältnissen, etwas Gemeinsames auf den Weg zu bringen.

Und damit ist es auch schon vorbei. Die Rathauskooperation hat sich gefunden. Die Sozialdemokraten üben nach der mit deutlichen Verlusten gewonnenen Landtagswahl weiter ihre jahrzehntelang praktizierte Vormachtstellung aus. Diese reicht bis in die brandenburgische Landeshauptstadt hinein, auch, wie sich später im Herbst herausstellt, durch Überschneidungen von Mandaten und Funktionen im Landtag und in der Stadtverordnetenversammlung. Die Grünen sind nicht so grün wie erhofft und die Linksfraktion nach selbstverschuldet verlorenen Wahlen im Findungsprozess.

Mercure – weiterhin dem Abriss geweiht

Die Wähler*innengruppe DIE aNDERE ist der Auffassung, dass es an der Zeit sei, den Abriss des Hotels *Mercure* als Sanierungsziel in der Potsdamer Mitte aufzugeben. Somit wollte ihre Fraktion den Oberbürgermeister beauftragen, der Stadtverordnetenversammlung die erforderlichen Beschlussvorlagen zur erneuten Konkretisierung der Sanierungsziele für den Bereich Lustgarten/Hafen zur Entscheidung vorzulegen. Warum?

Zurück in das Jahr 2016. Im Ergebnis der *Planungswerkstatt im Dialog – Lustgarten* entstand ein Masterplan. Die Stadtverordnetenversammlung bestätigte diesen. Darin war der Auftrag bestimmt, vier Monate nach Beschlussfassung ein Finanzierungskonzept vorzulegen. Dieses soll die phasenweise Umsetzung des Masterplans berücksichtigen. Die Beschlusserfüllung steht nun schon seit mehr als drei Jahren aus.

Zwischenzeitlich ist national und auch international die Wertschätzung der städtebaulichen und architektonischen Entwicklungen der Nachkriegsmoderne gestiegen – und das sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Fachwelt. Das Hotelhochhaus *Mercure* und sein Standort am Potsdamer Lustgarten sollen nun einer neuen Bewertung unterzogen werden, insbesondere im Hinblick auf die Wahrung dieses baukulturellen Zeugnisses der Nachkriegsmoderne und des nachhaltigen Umganges mit der vorhandenen Bausubstanz.

Das ist jedoch von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden. Angst griff um sich, Angst vor einem Fortbestand des beim barock-historisch verhafteten Teil der Stadtgesellschaft ungeliebten Hotelhochhauses. Angst auch davor, Veränderungen am Hochhaus nicht verhindern zu können. Das *Mercure*, so hieß es, bedränge den wunderschönen Schlossnachbau und sei sowieso aus der Zeit gefallen.

Unter vorgehaltener Hand hieß es aus der Verwaltung: Der richtige Antrag von der falschen Fraktion. Klar ist, dass sich die Sanierungsmaßnahme *Potsdamer Mitte* ihrem Ende zuneigt. Es besteht nun die Aufgabe, über den Umgang mit dem Sanierungsziel zum Lustgarten eine Entscheidung zu treffen, da diesbezüglich bisher nichts erfolgreich eingeleitet worden war. So ist der vorherrschende Zeitgeist in der Stadtverordnetenversammlung.

RAW – die zwei Gesichter der Stadtverordneten

In den vergangenen drei Jahrzehnten lag der Schwerpunkt der Stadtentwicklung vorrangig in den Sanierungs-, Entwicklungs- und Erhaltungsbereichen, in den Gebieten der Sozialen Stadt und in den Großwohnsiedlungen. Der steigende Ansiedlungsdruck bewirkt inzwischen zunehmend Veränderungen in bisher weniger beachteten Stadtbereichen. Auch abseitige und bisher immobilienwirtschaftlich unattraktive Lagen gelangen zunehmend in das Blickfeld Privater. Diese, auch als Zwischenräume zu bezeichnenden Stadtbereiche, sind derzeit noch Rückzugsorte und durch gemischte Sozial-, Eigentums- und Mietstrukturen geprägt.

Auf Flächen mit denkmalgeschützten Werkstatthallen des ehemaligen *Reichsbahnausbesserungswerkes* (RAW) östlich des Potsdamer Hauptbahnhofs plant ein Investor ein Digitalzentrum. Dort sollen mehr als tausend gut bezahlte Arbeitsplätze angesiedelt und ein dreistelliger Millionenbetrag ausgegeben werden. In einer öffentlichen Informationsveranstaltung offerierte die Investoreseite die städtebaulichen Auswirkungen des Vorhabens: In Folge der Umsetzung des Projektes würde sich die Eigentums-, Sozial- und Mietstruktur grundsätzlich verändern. Dass mit dieser bevorstehenden Entwicklung Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und soziale Verdrängungen zu erwarten sind, schlossen weder der Investor noch die Stadtverwaltung und die Anwohner*innen aus.



Zum Schutz der angestammten Bevölkerungsstruktur vor Verdrängung bedarf es regulierender städtebaulicher Maßnahmen. Das Baugesetzbuch hält dafür das städtebauliche Instrument der Sozialen Erhaltungssatzung bereit. Mit dem Erlass einer solchen Satzung kann der sozialen Entmischung dieses Gebietes entgegengewirkt werden.

Das hat die Fraktion aufgegriffen, einen Antrag auf Erlass einer solchen Satzung gestellt und in den Gremien um Zustimmung geworben. Den Anregungen der Verwaltung, beispielsweise zum räumlichen Geltungsbereich und zu den noch zu entwickelnden Kriterien für die Charakteristik und die Gefährdung, haben wir uns nicht verschlossen.

Die Verwaltung bestand darauf, erst im März 2020 der Stadtverordnetenversammlung einen Sachstandsbericht über erreichte Arbeitsergebnisse vorzulegen. Die Mehrheit der Gremienvertreter*innen ist dem gefolgt. Um die Zustimmung zum Erlass einer Sozialen Erhaltungssatzung im Umfeld des Potsdamer Hauptbahnhofs nicht zu gefährden, schlossen wir uns dem an.

Es wird dauern, bis wir über die demnächst angekündigten Arbeitsergebnisse zu einer rechtssicheren Satzung kommen. Das gefährdet womöglich die gemischte soziale Bewohner*innenstruktur im weiteren Umfeld des RAW, die ja der Anlass für die ersehnte Erhaltungssatzung war.

Den medialen Verlautbarungen seitens des Investors zum Planungsstand seines Digitalzentrums zu Folge ist in absehbarer Zeit mit der Realisierung zu rechnen: Die notwendige Baugenehmigung sehe er in naher Zukunft kommen. All dem wollen wir nicht so viel Gewicht beimessen, wähnt sich die Stadtgesellschaft doch in der sicheren Obhut des öffentlich-rechtlichen Aufstellungsverfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 36 „Neue Halle/östliches RAW-Gelände“. Damit sind Beteiligungsrechte verbunden; wissen wir, glauben wir.
Denkste, jetzt wird's kompliziert.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat im September 2019 die Durchführung einer Einwohnerversammlung zur Entwicklung des östlichen RAW-Geländes und die Gelegenheit zur Stellungnahme öffentlich bekanntgemacht. Dabei wurde darüber informiert, dass im sogenannten beschleunigten Verfahren ein Vorhaben vor Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zugelassen werden kann, wenn anzunehmen ist, dass das Vorhaben den künftigen Festsetzungen des Bebauungsplans nicht entgegensteht, der Antragsteller diese Festsetzungen für sich und seine Rechtsnachfolger schriftlich anerkennt und die Erschließung gesichert ist.

Das Vorhaben kann also vor Abschluss des Bebauungsplanaufstellungsverfahrens eine Baugenehmigung erhalten. Damit zwingend verbunden ist, der betroffenen Öffentlichkeit, den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vor Erteilung der Baugenehmigung Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist zu geben.

Unstrittig dürfte die Rechtslage sein, nach welcher die für die Vorhabenzulassung zuständige Baugenehmigungsbehörde in eigener Verantwortung darüber entscheidet, ob die planungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind. Dafür ist erforderlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam die Baugenehmigungsbehörde in die Lage versetzt, ihre Entscheidung auf ausreichender Grundlage treffen zu können. So hat die Landeshauptstadt die unabhängig von ihr handelnde Baugenehmigungsbehörde über die formelle und materielle Planreife zu unterrichten. Dieses erfolgt im Zusammenhang mit der Übermittlung des Einvernehmens. Dabei sind die Ergebnisse der erfolgten Anhörung bei der Entscheidung über die Vereinbarkeit des Vorhabens mit den künftigen Festsetzungen des Bebauungsplans zu berücksichtigen.

Beschluss über die Auswertung der Stellungnahmen nicht eingefordert

Aufgrund der zahlreichen erheblichen Bedenken, die im Vorfeld der Einwohnerversammlung und auf dieser geäußert wurden, liegt es in der Verantwortung der Stadtverordneten, dieses Einvernehmen erst nach einem bestätigenden Beschluss herbeizuführen. Diesem sollte eine Auswertung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden vorangehen.

Das war die Intention eines Antrages der Fraktion DIE aNDERE. Der Baubeigeordnete erklärte dieses Ansinnen mit dem Verwaltungshandeln für beendet, es käme doch der Durchführungsvertrag vorher noch zur Entscheidung. Die SPD-Fraktion beantragte dieses dann so und die Stadtverordnetenversammlung folgte dem mit großer Stimmenmehrheit.

Völlig unverständlich! Ein Durchführungsvertrag ist nicht die Abwägung zu den Stellungnahmen. Zwar kann er Ergebnisse aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung enthalten, stellt jedoch nicht die Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Stellungnahmen dar. Letzteres ist jedoch eine grundlegende wahrzunehmende kommunalpolitische Aufgabe und Verantwortung. Dem ist eine übergroße Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nicht nachgekommen. Es ist ein politisches Versagen, das Verwaltungshandeln nicht wie in der Kommunalverfassung bestimmt zu kontrollieren oder zumindest dem Handeln bei Unklarheiten auf den Grund zu gehen.

Holzbau – Grüne sind nicht grün, Sozen und Linken auch nicht

Schauen wir zurück auf den langen Prozess um den Schulstandort Waldstadt Süd, der tief in den Wald hineingebaut werden soll. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass nach einer intensiv in der Kommunalpolitik und in der Stadtgesellschaft geführten Debatte die SPD-Fraktion die Entscheidung geschickt bis nach den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zum Brandenburgischen Landtag hinausgezögert hat. Die zu erringenden Mandate waren nun nicht mehr gefährdet. Im Ergebnis wird für die Schul- und Sportanlagen massiv in den Waldbestand eingegriffen. Nicht mehr als ein Alibi für die klimatisch und ökologisch unsinnige Entscheidung sind die zahlreichen Prüf- und Schutzmaßnahmen, die sowieso erfolgen würden. Alle baulichen Anlagen auf dem Schulcampus sind in ökologischer Bauweise zu errichten, was immer das nun baukonstruktiv bedeuten kann.

Das soll alles möglich sein, jedoch die Anwendung der Holzbauweise bei der Errichtung von Schulen und Kindertagesstätten nicht?

Im Hinblick auf den von der Stadtverordnetenversammlung im August 2019 ausgerufenen Klimanotstand bedarf es zahlreicher Einzelschritte. Einer liegt beim Bauen. Mit Baustoffen, die unter einem enorm hohen Energieaufwand erzeugt werden, kann ein ganzheitlich nachhaltiges Bauen nicht erreicht werden. Beispielsweise ist die Produktion von Zement als Bindemittel für Beton sowie von Stahl aus energetischer Sicht sowie in Hinblick auf den hohen, klimaschädlichen Kohlendioxid ausstoß nicht mehr mit den Zielen des Klimanotstandes vereinbar.



Muster-Siedlung einer Kohlenstoff-Senke: Potsdam Alexandrowka

Somit hat die Fraktion DIE aNDERE einen Beschlussantrag gestellt, womit bei der Neuerichtung von Bauten der sozialen Infrastruktur, insbesondere von Schulen und Kindertagesstätten, in der Planung, Ausschreibung und Bauausführung eine nachhaltige Bauweise durchzusetzen sei. Die Nachhaltigkeit wird mit der Wahl des Materials der Trag-, Innen- und Außenwandkonstruktionen bestimmt. Diese sollten überwiegend aus Holzwerkstoffen bestehen. Sollte von der Holzbauweise abgewichen werden, ist dieses vor Beginn der Objektplanung zu begründen.

Die Diskussion in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung führte zu einer mehrheitlich mitgetragenen Änderung der Antragsintention einer SPD-Stadtverordneten. An Stelle des Holzbaus sollte die Nachhaltigkeit nun bei größeren Vorhaben mit einer Zertifizierung durch DGfB bzw. BNB besiegelt werden. Die Verwaltung bekräftigte diese völlige Uminterpretation, sie könne dem sonst nicht zustimmen. Auch ein überwiegender Einsatz von Holz könne nicht grundsätzlich mit nachhaltigem Bauen gleichgesetzt werden. Zuweilen wurden sehr abstruse Positionen vertreten. So kann sich ein Stadtverordneter den Einsatz von Holz bei Wochenendhäusern oder Berghütten vorstellen, jedoch nicht bei Bauten mit größeren zu überbrückenden Spannweiten, wie beispielsweise bei Sporthallen. Das bewerkstellige man nur mit Stahlkonstruktionen.

Mir fehlen die Worte zu diesen unsinnigen Äußerungen. Unser Antrag bekräftigt den Holzbau bei der Errichtung von Bauten der sozialen Infrastruktur. Zahlreiche Beispiele weltweit untersetzen diesen klimapolitisch richtigen Weg. Er lässt jedoch klar den Raum für andere Konstruktionen, für die es nur einer nachvollziehbaren Begründung bedarf.

Es ist ernüchternd, wie viel Unwissen vorherrscht, wie viel Ergebenheit gegenüber der Verwaltung praktiziert wird, ohne genau zuzuhören oder nachzufragen. Die Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung steht noch aus. Voraussichtlich ist nichts anderes zu erwarten.



Was bleibt?

Die Rathauskooperation hat sich eingeruckelt, jedoch nicht grün, nicht rot und auch nicht dunkelrot, manchmal noch von gestern. Das ermutigt uns aNDERE, im zweiten Halbjahr unserer Rotationsrunde den links-ökologischen Weg weiterzugehen.



Garnisonkirche Adel, Nationalsozialismus und ein Sorgenprinz

Eine Geschichte von Legenden und Unmoral

VON CARSTEN LINKE

Worum geht es in dem Hohenzollernstreit wirklich? Geht es nur um Kunstwerke, Schlösser, antike Möbel und die „goldenen Löffel“ darin oder geht es um viel mehr? Soll hier Geschichte bereinigt werden? Wollen die Hohenzollern und andere Adelsfamilien sich verklären? Und ist die Bundesregierung daran beteiligt? Wer hat welches Interesse? Und wie hängt dieser Streit mit der Garnisonkirche und dem sogenannten Widerstand vom 20. Juli 1944 zusammen?

Anlässlich des 100. Jahrestages einer Großkundgebung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) vom 24. November 1919 in der Potsdamer Garnisonkirche fand eine Lesung mit **Dr. Stephan Malinowski** im *Potsdam Museum* zum Thema „Adel und Nationalsozialismus“ statt. **Malinowski** ist einer der besten Kenner der Adelsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Er ist auch einer der Gutachter im Rückgabestreit zwischen dem Land Brandenburg und dem Haus **Hohenzollern**. **Malinowski** sprach in seinem Vortrag vor einem übervollen Saal über die dominierenden politischen Einstellungen und den gesellschaftlichen Status des preußisch-deutschen Adels während der Weimarer Republik. Aber auch über die Rolle des Adels bei der Zerstörung der Republik und der Unterstützung des aufkommenden Faschismus wurde gesprochen. Speziell dem vorrangig protestantischen, ostelbischen Adel kommt dabei eine besondere Rolle zu. *„So waren die Adligen, die vor 1914 aktiv zur völkischen Bewegung stießen, eindeutig eine Minderheit im Adel. ... Die im Adel als Weltuntergang erlebte Revolution von 1918/19 hat diesen Transformations- und Radikalisierungsprozess erheblich beschleunigt. ... In der NSDAP war der Adel bereits im Januar 1933 (vor der Machtergreifung Hitlers, A.d.R.) überrepräsentiert.“*¹

Am 24. November 1919 ging es in der Garnisonkirche um die Umdeutung des Ersten Weltkrieges und dessen Folgen durch Kriegsgeneral **Erich Ludendorff**. Zur Zeit der Weimarer Republik betätigte **Ludendorff** sich in der völkischen Bewegung, beteiligte sich 1920 am Kapp-Putsch und 1923 am Hitler-Putsch. **Ludendorff** entstammte der preußischen Adelsfamilie **von Tempelhoff** und stand mit seinen Ansichten gegen die Demokratie nicht allein. Dieser Chauvinismus der Militärs wurde vom Hohenzollern-Chef **Kaiser Wilhelm II.** geteilt. Er schrieb wenige Tage später, am 2. Dezember 1919, in einem Brief an einen seiner letzten Getreuen: *„Die tiefste und gemeinste Schande, die je ein Volk in der Geschichte*

¹ Malinowski, Stephan: „Vom König zum Führer – Deutscher Adel und Nationalsozialismus“, Fischer Taschenbuch Verlag, 3. Auflage April 2010; ISBN 978-3-423-16365-6; S.597 ff

fertiggebracht, die Deutschen haben sie verübt an sich selbst. Angehetzt und verführt durch den ihnen verhassten Stamm Juda, der Gastrecht bei ihnen genoss. Das war sein Dank! Kein Deutscher vergesse das je und ruhe nicht bis diese Schmarotzer vom Deutschen Boden vertilgt und ausgerottet sind! Dieser Giftpilz am Deutschen Eichbaum!“ Später glaubte der oberste Hohenzoller: „... das Beste wäre Gas.“²

Der Streit zwischen dem Haus Hohenzollern und der öffentlichen Hand (vor allem mit den Ländern Berlin und Brandenburg sowie dem Bund) wurde mittels Gutachten, Gerichtsprozessen und Geheimverhandlungen geführt. Die Heimlichkeiten haben nun hoffentlich ein Ende, Böhmermann sei Dank. Die Gutachten sind öffentlich (<http://hohenzollern.ioi/>) und die Historiker*innen-Welt kann sich weitere Urteile bilden.³

Aber auch die Gesellschaft sollte sich eine Meinung bilden oder zumindest eine Debatte führen. Die neue Kulturministerin Brandenburgs, Manja Schüle, hat den Anfang gemacht. Der Bund blockiert noch. Und Berlin bleibt stumm. Lediglich einige Kulturjournalist*innen melden sich zu Wort und fürchten, dass die Hohenzollern die alten Schinken und besagte „goldene Löffel“ aus dem Schloss Charlottenburg heimholen in die Burg nach Hechingen. Worin besteht der Verlust für die Gesellschaft, wenn wir das Gemälde „Krönung König Wilhelms I. in Königsberg im Jahre 1861“ von Adolph Menzel nicht mehr öffentlich sehen können? Das wäre eine Selbstinszenierung der Preußen weniger. Damit schaden sich die Hohenzollern nur selbst. „Die Familie inszeniert sich seit dem Sturz Wilhelms II. 1918 als weiterhin die Interessen ihres einstigen Staates Preußen im Auge behaltend. Mit dieser Liste (aktuelle Rückgabeforderungen, A.d.R.) aber erscheint sie als genauso gierig wie etwa die sächsischen Wettiner, die Welfen, die Baden oder die Obodriten in Mecklenburg, die ohne Rücksicht auf öffentliche Interessen ihnen von den Republiken zugestandenes Kulturgut verkaufen.“⁴

Der BE-Dramaturg Bernd Stegemann bezeichnete dieses Schmierentheater und das geschichtsvergessene Anspruchsdenken als typisches Clanverhalten. „Sie wollen ihr Familienrecht über das Bürgerliche Gesetzbuch stellen. Sie haben Netzwerke aufgebaut, ganze Landstriche kontrolliert und durch illegale Geschäfte, bei denen nicht selten Gewalt im Spiel ist, ihren großen Reichtum angehäuft. Die Existenz solcher Clans ist den Bürgern seit jeher bekannt, fraglich ist, warum sie gerade jetzt so ungeniert aus der Deckung treten. Seit fast 1.000 Jahren übt ein solcher Clan seine Herrschaft über Teile von Schwaben und Ostdeutschland aus. Vor allem der ostdeutsche Clan hat sich seit einigen Jahrhunderten brutal festgesetzt und die Geschichtsbücher mit blutigen Kapiteln gefüllt. Im Siebenjährigen Krieg wurde Preußen zu einer europäischen Großmacht und ihr Clanchef Friedrich trug, obschon eher klein von Statur, seither den Beinamen „der Große“. Im 19. Jahrhundert schließlich führten weitere Kriege zur Gründung des Deutschen Reiches, deren Oberhaupt nicht der halbwegs demokratisch gewählte Reichskanzler war, sondern wiederum der Chef des berühmten Clans der Hohenzollern.“⁵

² <https://taz.de/Hohenzollern-und-Nationalsozialismus/15628218/>

³ ein schönes Beispiel: <https://www.spiegel.de/geschichte/hohenzollern-streit-historikerin-karina-urbach-ueber-kronprinz-nazis-geld-a-1298129.html>

⁴ <https://www.fr.de/kultur/hohenzollern-wollen-abkassieren-hinter-kulissen-herrscht-blanke-gier-12818276.html>

⁵ <https://www.cicero.de/kultur/hohenzollern-forderung-cecilienhof-zweiter-weltkrieg>



Kronprinz und Söhne in SA-Uniform im Schloss Cecilienhof (Bilder aus der dänische Zeitung „Berlingske illustreret Tidende“ vom 22.04.1934 / aufbereitet durch die TAZ am 06.10.2019)

Die Debatte nimmt teilweise groteske Züge an. Gegenüber dem RND wird der SPD-Haushaltsexperte im Bund, **Johannes Kahrs**, zitiert: „Ich verstehe nicht, warum noch verhandelt wird. Ich bin dagegen, den Hohenzollern auch nur noch einen Euro zu geben.“ **Johannes Kahrs** ist bekennender Burschenschaftler und gehört dem Präsidium des *Förderkreises Deutsches Heer* (einem Lobbyverband der deutschen Rüstungsindustrie) und dem Präsidium der *Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik* an⁶. Gleichzeitig ist er eine der treibenden Personen für den Wiederaufbau des Humboldtforums in Berlin und der Garnisonkirche in Potsdam. Beide sind Symbolbauten der Preußen und des deutschen Militarismus. Aber auch die Länder Brandenburg und Berlin unterstützen diese bauliche Zur-Schau-Stellung des Preußentums. An Widersprüchlichkeit ist dieses Verhalten kaum zu überbieten.

Einerseits wird das preußische „Unheil-Symbol Garnisonkirche“ von der Landesregierung moralisch, persönlich und finanziell unterstützt und „gesellschaftsfähig“ gemacht. Andererseits wird Preußen und den Hohenzollern gutachterlich klar gemacht, dass sie dem Nationalsozialismus und Faschismus Vorschub geleistet haben. Der Mythos Garnisonkirche baut auf dem Opfermythos auf. Laut **Malinowski** und **Brandt** – den durch die Landesregierung beauftragten Gutachtern – wird aber den Hausherrn der Garnisonkirche die Mittäterschaft oder zumindest Vorschubtätigkeit attestiert. Ist die Garnisonkirche somit Opfer seiner Besitzer und Nutzer? JA! Denn die Familie **Hohenzollern** wurde in der *Sowjetischen Besatzungszone* als „Kriegsverbrecher“ enteignet, was bis heute Bestand hat.⁷ Und die Garnisonkirche war ihre höfische und militärische Heimstätte.

Konsequent in der gesamten Angelegenheit handelt bisher lediglich Frau Staatsministerin **Grütters** mit ihrem Apparat seitens des Bundes. Sie stopft so viel Staatsgeld wie möglich in die Bauprojekte Humboldtforum (Stadtschlossersatz) und Garnisonkirche und erhebt sie zu Bauwerken nationaler Bedeutung. Sie hält auch eine Entschädigung oder Einigung mit dem Hause **Hohenzollern** für möglich und sinnvoll. Kulturstaatsministerin **Grütters** wünsche sich „eine gütliche Einigung, um das Risiko eines Klageverfahrens mit einem für die öffentliche Hand nachteiligen Ausgang zu vermeiden“, heißt es laut *dpa* in einem Brief an die Ministerien für Finanzen und Kultur in Potsdam. Geht es wirklich darum oder will sie nicht, dass über die deutsche Geschichte, Schuld und die Nicht-Aufarbeitung dieser nach Kriegsende debattiert wird? Was passiert, wenn die Hohenzollern leer ausgehen und mit ausgestreckten Fingern auf all die anderen adligen Familien und ihre Seilschaften in der jungen Bundesrepublik zeigen?

Erinnert sei an den ehemaligen Außenminister **Joschka Fischer**, der 2005 eine Studie zur NS-Verstrickung deutscher Diplomaten erstellen ließ, an den Kampf des Frankfurter Generalstaatsanwalts **Fritz Bauer** oder die Mär vom adligen Widerstand sowie der Umdeutung der Motive der Putschisten vom 20. Juli 1944. Sie wollten die Kriegsführung ändern und deshalb **Hitler** beseitigen. Ihre Namen sind uns vertraut, da jeweils ein bis zwei Familienmitglieder Teil des Umsturzversuches waren. Sie waren aber auch aktiver Teil der NS-Bewegung und

Kriegsmaschinerie. „So waren die Familien Bernstorff mit 20/5, Hardenberg mit 27/5, Schwerin mit 52/22, Stülpnagel mit 13/3, Tresckow/Tresckow mit 30/10 und Kleist mit 43/5 Mitgliedern in der NSDAP vertreten (NSDAP-Beiträge bis Kriegsende / davon vor dem 30.1.1933).“⁸

„Die Gespräche mit den Hohenzollern“, schreibt die Rechts-Professorin **Sophie Schönberger** „versteigen einen Geburtsfehler der Republik. Dieses zombiehafte Fortleben der Monarchie weit nach ihrem Untergang zeigt an, wie sehr die deutsche Republik bis heute daran leidet, dass sie bei ihrer Gründung nicht konsequent mit ihrem monarchischen Erbe gebrochen hat.“⁹ Gleiches gilt für den Adelsstand.

Im Bundestag fordern viele nun Mitsprache bei den Verhandlungen. Schön wäre es, wenn sie dies auch bei den Fördermillionen für die Garnisonkirche einfordern würden. Längst geht es um viel mehr als Antiquitäten, Schlösser und Rekonstruktionen. Es geht um die Mitschuld der Hohenzollern als Teil eines Systems an den Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Und um ihre Rolle heute. Es geht um den Versuch Geschichte umzuschreiben. In Zeiten wie diesen empfinde ich das als einen Angriff auf die Republik und ihre demokratische Verfasstheit. ★



⁸ Malinowski, Stephan: „Vom König zum Führer – Deutscher Adel und Nationalsozialismus“, Fischer Taschenbuch Verlag, 3. Auflage April 2010; ISBN 978-3-423-16365-6; S.572 ff

⁹ <https://www.sueddeutsche.de/kultur/deutschland-hohenzollern-feudalismus-sophie-schoenberger-1.4706221>

▲ Foto: *Tag von Potsdam* 21.03.1933: Feier zur Eröffnung des Reichstages. Reichskanzler Adolf Hitler und Kronprinz Wilhelm von Preußen / Bundesarchiv Koblenz

⁵ <https://www.cicero.de/kultur/hohenzollern-forderung-cecilienhof-zweiter-weltkrieg>

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Kahrs unter „weitere Mitgliedschaften“

⁷ <https://www.fr.de/kultur/hohenzollern-wollen-abkassieren-hinter-kulissen-herrscht-blanke-gier-12818276.html>

Rekonstruktion mit rechter Rhetorik

Wie der Wiederaufbau den Rechtsruck bedient und umgekehrt

VON SARA KRIEG

Immer wieder erleben wir in der Debatte um den Aufbau der Garnisonkirchenkopie, dass sich Befürworter*innen des Projekts zu Unrecht in die sogenannte „rechte Ecke“ gestellt fühlen. Auch manche Kritiker*innen warnen davor, die Befürworter*innen und Betreiber*innen des Projekts „in die rechte Ecke zu stellen“.

Dabei ist die Motivation der Rekonstruktionsfans gar nicht primär ausschlaggebend für die Urteilsbildung zu diesem Thema. Wenn ein Wiederaufbauprojekt wie die Potsdamer Garnisonkirche von einer rechtsradikalen Partei wie der AfD derart begeistert aufgenommen wird, sollte das Anlass zur Sorge sein. Ich möchte keinen gigantischen Prunkbau in meiner Nachbarschaft, der wie ein Magnet auf Neonazis wirkt. Ob die Verantwortlichen für die Entstehung dieses Magnets selbst rechts sind oder naiv oder gleichgültig spielt für die Wirkungskraft des Turms keine Rolle. Wenn wir bei der Pfarrerin der Dresdner Frauenkirche, in deren Fußstapfen die GK-Aufbauer*innen so gerne treten würden, nachfragen, ob rechte Aufmärsche vor der imposanten Kirchenkulisse zu einem Problem geworden sind, lautet die Antwort „ja“ (und das, obwohl die Frauenkirche nicht „von Natur aus“ ein rechter Identifikationsort ist wie die Garnisonkirche). Sicherlich ist die Frauenkirche nicht der Auslöser des Rechtsrucks der letzten Jahre. Aber man muss sich doch fragen, ob solche Rekonstruktionen, aus denen PE-GIDA & Co. geistige Stärkung schöpfen, denn wirklich sein müssen oder ob man darauf nicht verzichten könnte.

Die Beweggründe der Wiederaufbauer*innen der Garnisonkirche

Ein Blick auf die Rhetorik der Wiederaufbauer*innen lohnt sich in jedem Fall. Die Garnisonkirche wird hauptsächlich als Opfer stilisiert – Opfer der alliierten Bomber, Opfer der DDR (obwohl dem Abriss lange Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche vorangingen, die kein Interesse am Wiederaufbau der Garnisonkirche hatte), sogar Opfer der Nazis, die sie „missbrauchten“.

Besser als **Michael Karg** von der *Martin-Niemöller-Stiftung* kann man es kaum formulieren: „Die Schuldfrage wird abgehandelt im Sinne eines Selbstmitleids und einer selbstgerechten Empörung, verbunden mit der trotzigem Entschlossenheit, durch den Wiederaufbau (im korrekt historischen Stil!) die Spuren angeblich zweimal erlittenen Unrechts zu beseitigen. Es geht der Stiftung laut eigener Aussage "um die Heilung einer offenen Wunde im Stadtbild Potsdams.“¹

Allein der *Ruf aus Potsdam* vom 15. Januar 2004 enthält zahlreiche entsprechend geschichts-revisionistische Behauptungen.² Er beginnt mit dem Satz: „Der Zweite Weltkrieg war bereits entschieden, als ein Luftangriff am 14. April 1945 die Potsdamer Mitte in Trümmer legte.“

Weitere Auszüge: „Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass es bei der Hinrichtung (!) dieses einmaligen und geschichtsträchtigen Bauwerks bleiben soll. Unser Aufruf protestiert gegen die ideologisch motivierte Zerstörung Potsdams in der Vergangenheit.“

Neben der Aufzählung des vermeintlichen Unrechts, das der Kirche widerfahren sei, sucht der *Ruf aus Potsdam*, wie die *Stiftung* generell, mit der Lupe nach (vermeintlich) positiven Aspekten der Kirchengeschichte: „Hauptwerk des preußischen Barock“, Dreikirchenblick, Johann Sebastian Bach, preußische Könige, Reformierte und Lutheraner, der 20. Juli 1944 (dazu mehr weiter unten)... Kein Wort von Hass- und Hetzpredigten, Segnung von Völkermorden, preußischem Militarismus und Gehorsamkeitskult, Potsdam als Nazi-Hochburg in der Weimarer Republik mit der Garnisonkirche als Hauptversammlungsort der Republikfeinde u.v.m.

Die Opferrolle wird garniert mit Relativierungen: Der *Tag von Potsdam* sei ein „Missbrauch“ der Kirche gewesen – kein Resultat der Kriegsverherrlichung, die jahrhundertlang in ihr den Nährboden dafür bereitete: „Die Garnisonkirche wurde missbraucht: Am 21. März 1933 nutzten die Nationalsozialisten sie schändlicherweise für eine Inszenierung, die ihre Gegner zu Befürwortern machen sollte.“

Steine tragen keine Schuld an dem, was Menschen in ihnen tun, heißt es dann. „Waffen töten keine Menschen. Menschen töten Menschen“ behauptet analog die Waffenlobby in den USA. Waffen werden aber zum Töten gebaut. Die Garnisonkirche wurde als Militärkirche gebaut, nichts anderes. In diesem Sinne ist sie eine gesellschaftspolitische Waffe.

„Missbrauch“ ist in Bezug auf die NS-Zeit meistens ein gefährliches Framing, das einen rutschigen Abhang hinunterführt: Wurden die Deutschen nicht auch ein bisschen „missbraucht“? Waren die Menschen nicht eigentlich „Gegner“ der Nazis, die durch Propaganda verführt wurden? Bis heute ist es eine der schwierigen Kernaufgaben der Erinnerungskultur, die Schuld der deutschen Gesellschaft zu vermitteln. Ingeheim wollen wir nicht wahrhaben, dass auch wir „Hitlers willige Vollstrecker“ hätten sein können. Das erschöpft sich nicht mit den AfD-Anhänger*innen, die ein Ende des „Schuldkults“ fordern. Auch viele Menschen, die die AfD ablehnen, reagieren durchaus allergisch auf die vermeintlich zu präsenten Aufarbeitung unserer NS-Vergangenheit.

Für ein bisschen Erleichterung sorgt das Gedenken an die Widerstandskämpfer*innen. In der Garnisonkirche gab es von Widerstand keine Spur. Die Hetze und Kriegstreiberei aus den vorangegangenen zwei Jahrhunderten setzte sich einfach nahtlos fort. Wie unangenehm für die GK-Fans – weit und breit nur Schuld zu sehen. Was tun? Gibt es nicht doch irgendeine heldenhafte Widerstandsgeschichte, mit der man dieses Gebäude irgendwie rehabilitieren könnte?

¹ <http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Vera-ab2019/NmS-Brosch-Garnisonkirche2019.pdf>

² https://garnisonkirche-potsdam.de/fileadmin/user_upload/Ruf_aus_Potsdam.deutsch.grafik.pdf

Die Antwort steht im Ruf aus Potsdam: „Viele der Männer des Widerstands, insbesondere des 20. Juli 1944, waren Gemeindeglieder der Garnisonkirche.“

Zum 20. Juli betont sogar die Satzung der Stiftung Garnisonkirche Potsdam:³ „Hierzu gehört auch, dass die Stiftung das würdige Gedenken der Opfer des 20. Juli 1944 und die Erinnerung an den von der Potsdamer Garnison ausgehenden Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft in geeigneter Form ermöglicht.“

2018 konkretisierte die Stiftung ihr „Versöhnungs“-Konzept. Der militärische Widerstand ist einer von drei großen Themenaspekten.⁴ Immer wieder wird so ganz ungeniert suggeriert, dass die Garnisonkirche eine zentrale Rolle bei der Verschwörung gespielt habe. Dies ist jedoch nachweislich historisch inkorrekt, obwohl ein paar der Verschwörer irgendwann in ihrem Leben (lange vor 1944) Mitglieder der Militärgemeinde waren.⁵

Eine Menge rhetorische Akrobatik seitens der Stiftung also, um ihr Vorhaben aufzupolieren. Dass Ex-Bischof **Huber** in dieser Hinsicht besonders viel Nachdruck an den Tag legt, verwundert kaum angesichts der unerträglich schillernden Karriere seines Vaters als „NS-Kronjurist“, die er wohl am liebsten vergessen würde.⁶ Je genauer man hinschaut, umso mehr wird klar, dass es hier primär um eine Versöhnung mit der eigenen Geschichte geht, eine Versöhnung der (Nachkommen der) Täter mit sich selbst.

Soviel zu den Betreiber*innen. Zu den Beweggründen der Unterstützer*innen des Projekts gibt die „Potsdamer Spitze“ Auskunft:⁷ „Die mit 40% größte Gruppe spendet, um mit dem Wiederaufbau der Garnisonkirche die Identität der Stadt Potsdam zu fördern, das Stadtbild zu heilen oder um das architektonisch wertvolle Gebäude wiederherzustellen, also aus stadtbezogenen Gründen. Die bei Weitem häufigste Begründung ist » ... weil sie zu Potsdam gehört«, häufig mit einem vergleichenden Zusatz, z.B. »wie Sanssouci« oder »wie die Frauenkirche zu Dresden« oder »wie der Dom zu Köln«. Moritz B. Wittlinger meint: »weil Potsdam wieder Potsdam werden soll!« und Lutz Müller »weil so ein Teil des historischen Stadtbildes zurückgewonnen wird.«

Eine zweite, etwa gleichgroße Gruppe fördert den Wiederaufbau aus geschichtlichen oder kulturgeschichtlichen Gründen oder zur Wiedergutmachung des NS- und SED-Unrechts, beispielsweise Roger Bremicker: »weil ein Volk ohne Geschichte wie ein Mensch ohne Gedächtnis ist« und Volker Sehmisch: »weil Potsdam unter dem Nationalsozialismus und unter der SED zweimal Opfer ideologischer Hybris war; die dabei geschlagenen Wunden möchte ich heilen helfen«, Heinrich Brauß: »weil Henning v. Tresckow Mitglied der Gemeinde der Garnisonkirche war« oder Thomas Deffner: »weil die Zerstörung 1968 nicht der Schlusspunkt sein darf«.

An dritter Stelle stehen mit ca. 10% Spender, die persönliche Erinnerungen oder familiäre Bezüge zur Garnisonkirche als Motiv haben (...). Dr. Jürg Ter-Nedden schrieb: »weil ich im Schatten der Garnisonkirche zu den Klängen der Glocken mittags geboren wurde und weil die Zerstörer mit ihrem Hass auf alles Schöne nicht das letzte Wort behalten dürfen« (...)

Überraschend klein ist im Vergleich mit jeweils etwa 5% der Anteil jener Spender, die sich um der Friedens- und Versöhnungsarbeit willen oder aus religiösen Gründen für den Wiederaufbau dieser Kirche engagieren.“



88 Meter Stadtbild neu denken, rechte Symbolräume überschreiben (KPL)

³ https://garnisonkirche-potsdam.de/fileadmin/user_upload/Website/Dokument/Ueber_uns/140428_Satzung_akt._genehmigt.pdf

⁴ <https://www.pnn.de/potsdam/garnisonkirche-potsdam-kirche-staat-widerstand/22600950.html>

⁵ https://www.bundes-esg.de/fileadmin/user_upload/aej/Studium_und_Hochschule/Downloads/Themen/2017-10Gutachten2.0_Geschichtsvermittlung.pdf

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Rudolf_Huber

⁷ https://garnisonkirche-potsdam.de/fileadmin/user_upload/Website/Mediathek/Dokumente/PS_2015_3.3_letzte_Fassung.pdf (S.22)

Die Bezugnahme der AfD zur Garnisonkirche

Die AfD bekennt sich sowohl in der Stadt als auch auf Landes- und Bundesebene zur Garnisonkirche. Die Stadtfraktion der AfD Potsdam äußert ihre Unterstützung des Projekts bei jeder Gelegenheit, so z.B. in einem offenen Brief an die Stiftung Garnisonkirche im Juni 2018, in dem sie den „Versöhnungsgedanken“ der Stiftung „auch auf unsere eigene Geschichte bezieht“ und auf die Verschwörer von 1944 verweist.⁸

In ihrem Landtagswahlprogramm schreibt die AfD Brandenburg:⁹ „Denkmäler sind als historische Zeugnisse zu erhalten, um die Erinnerung an vergangene gesellschaftliche Verhältnisse zu bewahren. Denkmale helfen uns zu verstehen, wer wir waren und wer wir sind. (...) Die AfD nimmt den Denkmalschutz sehr ernst, da unsere Geschichte ein integraler Bestandteil unserer nationalen Identität ist. Daher ist es uns wichtig, dass dem Denkmalschutz zukünftig eine bedarfsgerechte finanzielle Förderung gewährt wird. Zudem unterstützen wir die Rekonstruktion verlorengegangener kulturell bedeutender Bauten. Hierbei fordern wir eine Entideologisierung von Monumenten wie der Potsdamer Garnisonkirche. (...) Wir begrüßen die Wiedererrichtung einer Vielzahl kulturell bedeutender Bauwerke, die im Krieg sowie der Nachkriegszeit verloren gegangen sind. Wir befürworten grundsätzlich die Rekonstruktion historischer Bauwerke und wollen dieses Umdenken in der Gestaltung unserer Städte zukünftig unter Beteiligung der jeweiligen ortsansässigen Bevölkerung verstärkt fördern. Ob Dresdner Frauenkirche, Frankfurter Altstadt oder Potsdamer Garnisonkirche – immer mehr Städte besinnen sich auf ihr baulich-kulturelles Erbe zurück.“

Andreas Kalbitz betonte anlässlich eines Antrags der LINKEN im Bundestag auf Streichung der Bundesmittel, der Wiederaufbau der Garnisonkirche müsse „gesichert werden“, da sie „aus der Geschichte des Landes Brandenburg nicht wegzudenken ist.“¹⁰

Zahlreiche Parallelen zum „Ruf aus Potsdam“ weisen die Ausführungen des Faschisten **B. Höcke** in seiner Dresdner Rede auf:¹¹ „Mit der Bombardierung Dresdens und der anderen deutschen Städte wollte man nichts anderes als uns unsere kollektive Identität rauben. Man wollte uns mit Stumpf und Stiel vernichten, man wollte unsere Wurzeln roden. Und zusammen mit der dann nach 1945 begonnenen systematischen Umerziehung hat man das auch fast geschafft. Deutsche Opfer gab es nicht mehr, sondern es gab nur noch deutsche Täter. Bis heute sind wir nicht in der Lage, unsere eigenen Opfer zu betrauern. (...) Der von Markus Mohr schon zu Recht thematisierte Wiederaufbau der Frauenkirche war für uns Patrioten ein Hoffnungsschimmer dafür, dass es ihn doch noch gibt, diesen kleine Funken deutschen Selbstbestimmungswillens. Aber, liebe Freunde, bis jetzt sind es nur Fassaden, die wieder entstanden sind. Bis jetzt ist unsere Geistesverfassung, unser Gemütszustand immer noch der eines total besiegten Volkes. Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von euch Patrioten, die sich hier

heute versammelt haben – wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat. (...)

Wenn wir eine Zukunft haben wollen – und wir wollen diese Zukunft haben und immer mehr Deutsche erkennen das, dass auch sie eine Zukunft haben wollen – dann brauchen wir eine Vision. Eine Vision wird aber nur dann entstehen, wenn wir uns wieder selber finden, wenn wir uns wieder selbst entdecken. Wir müssen wieder wir selbst werden. Selber haben werden wir uns nur, wenn wir wieder eine positive Beziehung zu unserer Geschichte aufbauen. (...) Kurz: Es geht darum, den neu entstandenen Fassaden, hier in Dresden, aber auch Potsdam, und in Berlin wird gerade auch das Stadtschloss wieder aufgebaut – Gott sei dank wird es wieder aufgebaut – es geht darum, diesen neu entstandenen Fassaden einen neuen, würdigen Geist einzuhauchen. Es ist der Geist eines neuen, ehrlichen, vitalen, tief begründeten und selbstbewussten Patriotismus. Denn wir wissen: Ohne so einen neuen Patriotismus kann keine bürgerliche Gesellschaft überleben. Und das ist die innere Erneuerung, an die Roman Herzog Herzog vielleicht vor 20 Jahren insgeheim auch schon dachte, die er sich aber nicht wagte, auszusprechen. Aber wir wagen es, diese innere Erneuerung einzufordern. Wir wagen es nicht nur, sie einzufordern, nein, liebe Freunde, wir werden sie um unser liebes Vaterland willen auch durchsetzen.“

Fazit

Wie weit rechts man die Wiederaufbauer*innen und ihre Unterstützer*innen letztendlich einordnen will, sei jedem und jeder selbst überlassen. Aber mindestens um die Unterstellung einer brandgefährlichen Unreflektiertheit, Naivität und Selbstüberschätzung kommt man nicht herum. Huber und seine Fangemeinde stellen sich ganz von selbst in die rechte Ecke, so wie die meisten empörten Empfänger*innen dieses Vorwurfs, die nicht dort hingestellt werden wollen. Anstatt Menschen, die sich derart äußern und verhalten, reflexartig zu verteidigen, sollten wir genau hinschauen und sie fragen, warum sie sich denn so verhalten.

Was hindert sie daran, einen effektiv AfD-abstoßenden Bau zu errichten? Was hindert sie daran, das Nagelkreuz einem gebrochenen Turm aufzusetzen anstatt einer preußischen Kriegskrone? Was hindert sie daran, das Recherchewerk von Matthias Grünzig in der Kapelle auszulegen oder online zu präsentieren? Was hindert sie daran, das Ding "Friedensturm" oder sonst irgendetwas zu nennen und nicht "Garnisonkirche"? Was hindert sie daran, die Wahrheit über Hetze, Völkermord und Militarismus zu sagen?

Gleichzeitig müssen wir unseren Verteidigungsreflex hinterfragen, wenn es um die „rechte Ecke“ geht. Anstatt zu beschwichtigen, sollten wir genauer hinschauen und die Auseinandersetzung führen, auch wenn es anstrengend oder unangenehm ist. Das ist Teil der Verantwortung einer Gesellschaft, die nie wieder Faschismus will. Es ist beschämend, dass sich besonders die SPD auf allen politischen Ebenen – von der Stadtspitze bis zum Bundespräsidenten – für dieses geschichtsrevisionistische Rekonstruktionsprojekt einsetzt und damit den Rechtsruck befördert. ★

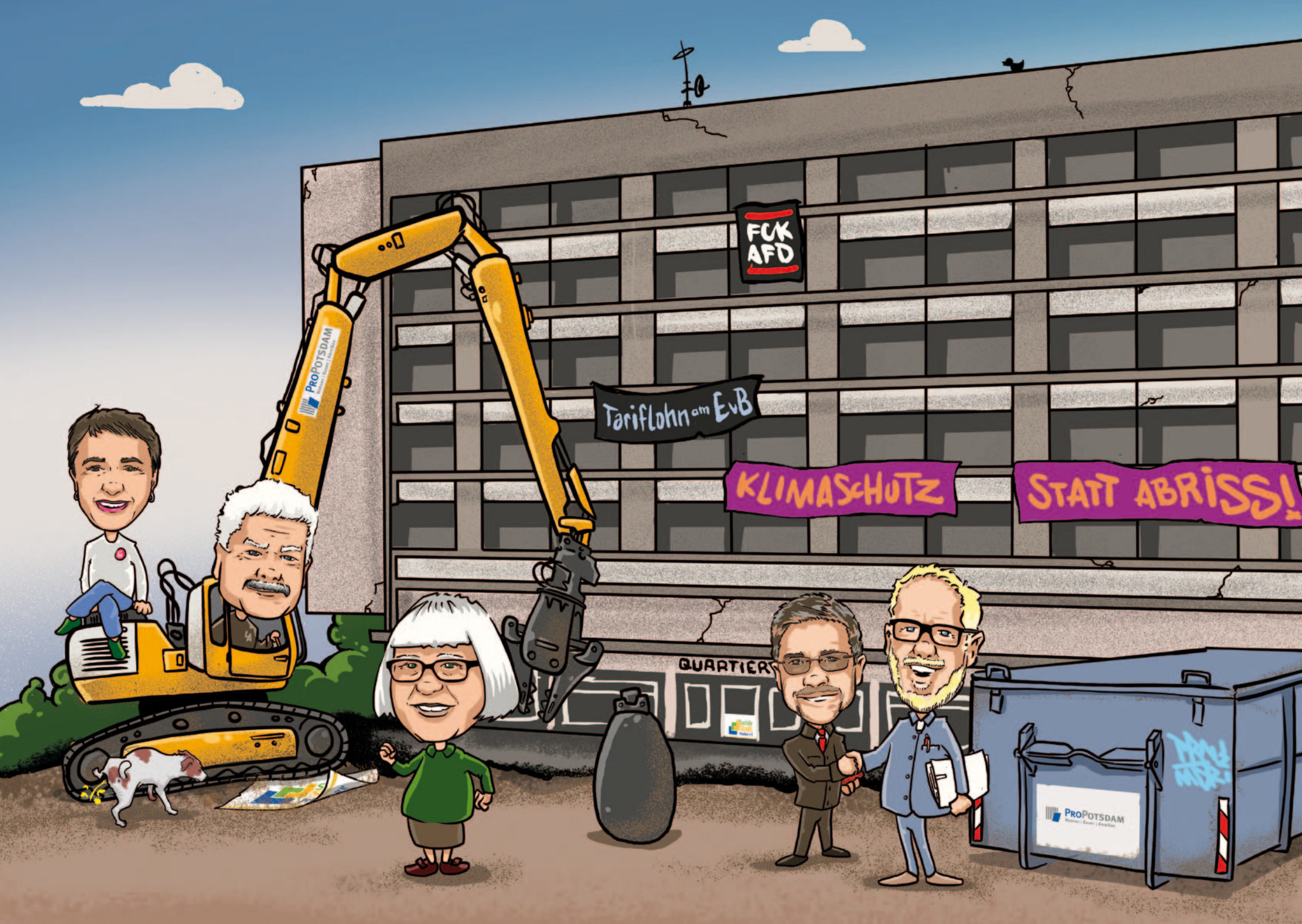
Nächste Doppelseite: *Staudenhof – Abriss-Allianz von grün nach dunkelrot*

⁸ http://www.afd-potsdam.de/wp-content/uploads/2018/06/20180604_OffenerBrief_Garnisonkirche.pdf

⁹ https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/06/Wahlprogramm_Brandenburg_2019_ohne_kapitelbilder_kommentare_acc2144-01-06-19-final.pdf

¹⁰ <https://afd-fraktion-brandenburg.de/afd-fraktion-wiederaufbau-der-potsdamer-garnisonkirche-muss-gesichert-werden/>

¹¹ https://pastebin.com/embed_iframe/JQujwe89



FKK
AFD

Tariflohn am EvB

KLIMASCHUTZ

STATT ABRISS!

QUARTIER

PROPOTSDAM
Menschen. Baue. Denken.

Geschichtsschreibung

Frauen der Geschichte

Eine Spurensuche – manchmal zermürend, oft ärgerlich

EIN INTERVIEW VON JENNY PÖLLER MIT JEANETTE TOUSSAINT



KURZVITA **Jeanette Toussaint**

- 1964 geb.
- ausgebildete Gärtnerin und Floristin
- Arbeit als Altenpflegehelferin und Dekorateurin
- Studium der Ethnologie, Soziologie und Gender Studies
- heute freiberufliche Ausstellungskuratorin und Publizistin
- KONTAKT j.toussaint@freenet.de

JENNY PÖLLER

Kannst du bitte ein paar Worte zu dir sagen?

JEANETTE TOUSSAINT

Ich habe diese Stadt nie lange verlassen und will sie eigentlich auch nicht verlassen, wenn es finanziell möglich ist. Ich bin Gärtnerin und gelernte Floristin. Ich habe nach der Wende mein Abitur nachgemacht und dann Ethnologie, Soziologie und Gender Studies studiert. Und weil ich kein Doktoranden-Stipendium bekommen habe, habe ich mich entschlossen freiberuflich zu arbeiten.

Was sind deine Schwerpunkte in der Arbeit?

Meine Schwerpunktthemen sind im weitesten Sinne Diktaturgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Aber auch Entwicklungen im 21. Jahrhundert. Die Potsdamer Kinogeschichte liegt mir am Herzen. Außerdem ist Frauen- und Geschlechtergeschichte immer mehr ein Bestandteil meiner Forschungen geworden. Rückblickend war das immer schon Thema meiner Arbeit. Mittlerweile kommen Auftraggeber*innen zu mir und fragen mich, ob ich dazu etwas machen kann. Das hat sich in den letzten Jahren entwickelt.

Warum sind Frauen zum Schwerpunkt geworden und nicht die Geschichte der Könige?

Erstens hat mich die frühe Geschichte nie wirklich interessiert, auch nicht im Studium. Vor geprägt durch den Geschichtsunterricht in der DDR hat mich Geschichte ursprünglich gar

nicht mehr interessiert, weil Geschichte nur noch aus Zahlen und Fakten bestand und ich die Menschen dahinter nicht wirklich gespürt habe. Aber durchs Studium bin ich dann doch wieder dazu gekommen und ich glaube, dass es dieser Frauenaspekt wurde, war eigentlich, weil ich zur Wendezeit in die beginnende Frauenbewegung in Potsdam reingekommen bin, durch eine Freundin.

Also, dass mein Blick geschärft wurde für mangelnde Gleichberechtigung oder für den Blick zurück. Ich dachte ja immer, wir waren gleichberechtigt in der DDR. Aber wenn man genau hinguckt, ist es gar nicht so. Und nur durch die politische Wende sind ja Frauen dann nicht automatisch gleichberechtigt, nur weil es dann eine Demokratie gibt. So wurde mein Blick eigentlich nach und nach geschärft. Im Studium hat mich dann dieses Fach Gender Studies angesprochen. Da ist es ja das Thema, wo du immer guckst, was bedeutet Geschlecht eigentlich von beiden Seiten betrachtet. Oder wie wird Geschlecht überhaupt konstruiert. Wenn wir lapidar von Männern und Frauen reden, dann vermuten wir zumindest, dass wir in etwa das Gleiche meinen – es dient der Verständigung.

Kannst du sagen was dich überrascht? Wie wird Geschlecht hergestellt? Wie ist es belegbar, wo sind die menschlichen Geschichten hinter den Zahlen? Was ist das Besondere mit Blick auf die Frauen, wenn man sich damit beschäftigt?

Ich weiß gar nicht, ob es etwas Überraschendes ist: In der Geschichtsschreibung sind die Geschichten von Männern überliefert und weniger von Frauen, und da ist es die Spurensuche, die ich interessant finde. Die manchmal zermürend ist und manchmal auch ärgerlich, weil eben Frauen, die nicht so eine prominente Stellung hatten, nichts hinterlassen haben, wo man anknüpfen kann und damit ist deren Geschichte weg. Insofern ist dann jede Frauengeschichte, die ich hebe, wieder überraschend. Mit all ihren positiven und auch negativen Seiten. Also Frauen haben ja durchaus Diktaturen unterstützt, Diktaturen vorangetrieben. Vielleicht hat mich das mal überrascht, als ich angefangen habe, mich mit SS-Aufseherinnen zu befassen. Mittlerweile überrascht es mich nicht mehr, ich glaube, das war eine gute Schule. Einfach von diesem Gedanken, von dem die alte Frauengeschichtsschreibung in der BRD immer ausgegangen ist und lange darüber gestritten hat – Frauen sind Opfer – Abschied zu nehmen und zu sehen, dass Frauen natürlich auch Täterinnen sind – oder die ganze Bandbreite: Opfer, Mitläuferin, Unterstützerin, Täterin.

Kannst du Muster erkennen in der Geschichtsschreibung von Frauen? Gibt es etwas typisch Weibliches, was man immer wieder erkennt? Außer, dass man schwer an die Informationen kommt? Gibt es etwas typisch Weibliches in der Suche von Frauengeschichte, was sich womöglich auch verändert? Kommt man besser an die Geschichten ran, die näher zurückliegen? Einfach weil der Blick der Gesellschaft sich auch verändert hat? Oder würdest du sagen, es gibt ein Muster? Oder es fällt etwas auf, von Jahrhundert zu Jahrhundert, wo du vor den Büchern stehst und sagst: Ja, deswegen komme ich nicht weiter?

Du kommst eigentlich umso weniger ran, desto weiter ein Leben zurückliegt. Wenn über Frauen aus dem 15./16. Jh. nichts in irgendwelchen Büchern überliefert ist, dann kommst du ganz schwer an die Informationen ran. Also, es ist ja zum Teil schon im 20. Jh. schwer, wenn die Frauen, wie ich schon sagte, nicht in einer prominenten Position waren und nichts hinterlassen haben. Oder ihr Nachlass schon längst auf dem Flohmarkt oder in der Mülltonne gelandet ist.

Das passiert natürlich auch mit Männern, die nicht so bekannt waren, aber es gibt einfach durch die Geschichtsschreibung mehr Männer, die bekannt sind mit dem, was sie getan haben.

Was sind die Gründe dafür, dass Frauen weniger sichtbar sind in der Geschichte? Ist es gesellschaftlich? Ist es die Rolle der Frauen, nicht sichtbar sein zu können, weil sie keine Zeit hatten oder weil sie nicht berühmt und prominent waren? Kannst du sagen, warum Frauen weniger sichtbar sind?

Ausgrenzend war allein schon der Staatsaufbau, der gesellschaftliche Aufbau. Ich weiß nicht, wie es 500 v. Chr. war, mit der Zeit habe ich mich nicht befasst. Aber in dem Moment, wo die Geschlechterrollenverteilung festgeschrieben war und sich daran knüpfte, wer mehr oder weniger wert war, kommt die Unsichtbarkeit zustande. An diesem Prozess sind viele beteiligt, unter anderem die Kirche. Wo es ja hieß: Das Weib schweige in der Kirche. Wo klar ist, Frauen können den Gottesdienst besuchen, aber mehr auch nicht. Sie konnten nicht als Pfarrerin arbeiten. Es geht ja bis in die Gesetzgebung hinein. Wann durften die ersten Stadtverordneten weiblich sein? Da waren Frauen auch durch Politik, durch Gesetze ausgeschlossen. Ihnen wurden Bürgerrechte vorenthalten.

Haben gesellschaftliche Strukturen und Institutionen verhindert, dass Frauen sichtbar waren in der Vergangenheit?

Genau, auch weil der Bildungssektor dazuzählt. Nur ganz wenige Frauen hatten im 18./19. Jh. mit Ausnahmegenehmigungen Zugang zum Studium oder zu Universitäten – als Gasthörerinnen. Und erst zu Beginn des 20. Jh. durften sie regulär studieren. Und das bedeutet ja für das Fach Geschichte zum Beispiel, dass du Historiker hast, die sich in den seltensten Fällen für Frauengeschichten interessiert haben. Also vielleicht noch von Königinnen, die etwas Besonderes waren. Aber von anderen Frauen wurden ja Leistungen überhaupt nicht gesehen. Wenn sie sie überhaupt erbringen konnten. Weil sie bspw. in Berufen gar nicht zugelassen waren. Das ist ja wie ein Kreislauf.



INFO ZUM FRAUENWAHLLOKAL

Frauen! Fordert das Wahlrecht!

Das Frauenwahllokal ist eine Initiative von elf Potsdamer Frauen. Anlass der Gründung des Frauenwahllokals war das Jahr 2019. Das Wahlrecht für Frauen wurde 100 Jahre alt. Die Initiative erstellte u.a. eine Ausstellung zu den Vorkämpferinnen der politischen Gleichberechtigung der Frauen in Deutschland und der Welt und veranstaltete unterschiedliche Events an verschiedenen Orten der Stadt. Alle Informationen gibt es hier:

www.frauenwahllokal.com

Was müssen wir ändern, um das zu verändern?

Ich glaube, nach wie vor muss es eine Quotierung geben in den verschiedensten Bereichen. Solange, bis es selbstverständlich ist, dass man da nicht mehr drüber redet, dass die Hälfte Frauen, die Hälfte Männer sein müssen. Man muss immer wieder die Sensibilität schärfen, in der Berufsausbildung, in der Schule, im Studium, dass auch Männer Frauen mitbedenken. Bis es ein selbstverständlicher Teil des Lebens von allen wird. Oder auch die Frage, wie geht man mit anderen Geschlechterrollen um? Über Mann/Frau haben wir jetzt gerade gesprochen, aber was ist mit anderen, die sich da nicht zuordnen? Das ist eine Diskussion, die noch geführt werden muss.

Was bedeutet Frauen sichtbar machen?

Ein selbstverständlicher Zugang zu Positionen und Berufen zum Beispiel. Es sollte normal sein, dass Frauen Tischlerinnen werden, Elektrikerinnen oder so. Und es sollten auch mehr Frauen daran Interesse entwickeln. Da muss man auch mal offensiver rangehen, glaube ich.

Offensiver rangehen – passt gut zur Straßennamendebatte, die es kürzlich in Potsdam gab. Oder die womöglich auch noch nicht abgeschlossen ist. Du hast die Straßennamendebatte verfolgt, wie hast du diese empfunden?

Für mich war es das erste Mal, dass ich so intensiv eine Diskussion um die Straßenbenennung erlebt habe. Das Für und Wider und die emotionalen Zugänge haben mich sehr überrascht. Da glaube ich, liegt es gar nicht so sehr daran, dass es Frauennamen sind, sondern, dass es dieser Ort ist, der für die neuen Namen genutzt werden soll. Generell glaube ich, an anderen Orten wäre es zu solchen Debatten nicht gekommen. Ich freue mich sehr, dass es diese Frauenstraßennamen in der Mitte geben wird: Nämlich an einem Ort, wo Mann und Frau öfter mal vorbeikommt und dann die Namen liest. Man müsste noch ein bisschen mehr für die Hintergrundinformationen sorgen, finde ich. Also, wer sind die Frauen, was haben sie geleistet.

Was mich ein bisschen traurig macht in der Diskussion, ist die Verwässerung: Umbenennung, Neubenennung. Aber das hängt eben auch mit dem Ort zusammen. Aber ich finde es toll, dass sich nun die Anzahl der Straßen, die nach Frauen benannt wurden, erhöht. Das war schon längst überfällig.

Du hast die drei Frauen im Ausschuss für Kultur vorgestellt und warst auch im Prozess der Namensfindung durch die Initiative Frauenwahllokal beteiligt, die drei Namen aus dem Straßennamenpool auszuwählen. Was war deine Motivation, diese drei Frauen an den Ort zu bringen?

Ich habe mir den Ort angeschaut, einerseits was gibt es dort für Gebäude, was war früher drauf und wer von den Frauen im „Straßennamenpool“ hat eigentlich einen Bezug zu diesem Ort. Das finde ich sehr wichtig. Das fehlt mir hier in Potsdam bei den Straßennamen. Es gibt so viele Straßennamen, die gar keinen Bezug zu der näheren Umgebung haben. Da wurde ein Mensch geehrt und man weiß gar nicht: Hatte die Person überhaupt was mit Potsdam zu tun? Insofern waren meine Kriterien: Was haben die drei Frauen mit Potsdam zu tun? Da kamen vier in Frage. Und für **Hannah von Bredow** gibt es ja schon einen anderen Ort. Insofern war klar, okay, die drei. Für mich wäre jetzt der weitere Schritt, Infotafeln unter die vorhandenen Straßennamen anzubringen. Auch müsste man noch einmal überlegen, wie kann man

ansonsten mehr über die Personen vermitteln. Da würde ich einen Workshop mit Jugendlichen gut finden, denn das ist ja die kommende Generation, die mit den Straßennamen lebt.

Was bedeuten denen eigentlich Straßennamen? Was würden die sich für Namen wünschen? Mit ihnen zusammen Formen der Sichtbarkeit der Personen zu erarbeiten, das fände ich spannend. Außerdem würde ich für die Veröffentlichung des „Straßennamenpools“ plädieren, damit die ganze Stadtbevölkerung darüber diskutieren kann, wen haben wir da eigentlich alles drin. Wen haben die Stadtverordneten für wichtig befunden.¹

Wie schätzt du die Straßennamendebatte ein: Wie hilfreich, nützlich oder notwendig war die Diskussion – und dass Frauen diesbezüglich zusammengearbeitet haben? Wenn man sich Frauenbünde anguckt – zu bestimmten Themen, etwa Wahlrecht, Paritätsgesetz, ganz aktuell in Brandenburg. Kannst du sagen, dass die Sichtbarkeit von Frauen notwendig ist, um Sichtbarkeit zu schaffen?

Die Geschichte des Frauenwahlrechts hat gezeigt, dass es nicht so erfolgreich ist, wenn jede Gruppe, Gruppierung, Partei für sich kämpft, sondern, dass es Werte unabhängig von Parteien gibt, die wichtig sind. Und um die durchzusetzen, muss überfraktionell, überparteilich und überinstitutionell zusammengearbeitet werden.

Ist das etwas, was wir aus der Geschichte lernen können?

Auf jeden Fall! Und ich meine, dieser Prozess der Namensgebung hat es ja im Kleinen gezeigt. Ich finde, Stadtpolitik soll keine Profilierungspolitik von Parteien und Gruppierungen oder Bündnissen sein. Es sind ja gewählte Volksvertreter*innen, die ihr bestes für diese Stadt geben und für die Belange der Bevölkerung. Da wünsche ich mir schon mehr überparteiliche Zusammenarbeit. Ich finde Fraktionszwang schwierig und würde diesen komplett abschaffen. Das ist für mich keine Demokratie. Zum Beispiel das Bürgerbegehren zum Klinikum: Das ist doch ein Anliegen, was alle mittragen müssten. Da geht es um menschliche Werte, um Schicksale, sowohl der dort Arbeitenden als auch der Patient*innen.

Um noch mal auf die Straßennamen zurückzukommen: Für Frauen und Mädchen ist die Sichtbarkeit von solchen Vorfahrinnen wichtig, die etwas für diese Stadt, dieses Land, diese Gesellschaft getan haben.

Wozu brauchen wir diese Vorbilder?

So wie wir unsere Eltern hatten, die Vorbild für uns waren, brauchen wir natürlich auch andere Personen. Gerade wenn du heranwächst, orientierst du dich ja an etwas. Es kann genauso gut eine Gesellschaft sein, die Vorbildwirkung haben kann. Wo du sagst: Da bin ich reingewachsen, die will ich auch erhalten oder verändern. Aber wichtig sind weibliche Vorfahrinnen für Mädchen auch, um ein Selbstbewusstsein zu entwickeln: Frauen sind genauso viel wert wie Männer. Es gibt einfach noch zu viel Diskriminierung. Frauen und Mädchen werden mit jedem kleinen Punkt in diese Richtung gestärkt und sei es nur ein weiblicher Straßennamen oder die Benennung eines Hauses. Wo man dann fragen kann: Wer war denn eigentlich **Regine Hildebrandt**, warum heißt das Haus nach dieser Frau?

Woran arbeitest du aktuell? Was sind deine nächsten Projekte?

Es gibt zwei größere Projekte, an denen ich arbeite. Das eine ist eine biografische Forschung zu **Else Niemöller**, der Ehefrau des Pfarrers **Martin Niemöller**, der in der *Bekennenden Kirche* und im *Pfarrernotbund* aktiv war. 1937 wurde er dann verhaftet, weil er sich in dieser innerkirchlichen Opposition sehr stark engagiert hat. Und dann war er, als persönlicher Gefangener von **Adolf Hitler**, in Sachsenhausen und Dachau inhaftiert. **Else Niemöller** hat ihn unterstützt. Hat ihm über die vielen Jahre Halt gegeben und hat ihn zum Beispiel davon abgebracht, dass er zum Katholizismus konvertiert. Sie hat sieben Kinder großgezogen. Und bei ihr ist es wie bei vielen Frauen: Viele wissen, es gab sie – als Ehefrau von... Sie starb 1961. Die erste Ausstellung zu ihr gab es 1990. Und die neue Ausstellung im *Martin Niemöller-Haus* in Dahlem thematisiert ihre Biographie auch nicht. Und das will ich jetzt zusammen mit meiner Auftraggeberin, der *Martin-Niemöller-Stiftung*, ändern. So soll vor allem auch ihr Weg gezeigt werden. Sie ist in der westdeutschen Frauenfriedensbewegung aktiv gewesen, hat in den USA viele Vorträge gehalten über die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland und die Verantwortlichkeit von christlichen Frauen für den Frieden. Das ist der eine Teil – eine Frau wieder ins öffentliche Bewusstsein zu heben. Ein erster Schritt dazu ist aktuell ein Wikipedia-Eintrag zu ihr.

Mein zweites Projekt ist potsdamspezifisch. Zusammen mit dem *Frauenzentrum Potsdam* recherchiere ich zum *Unabhängigen Frauenverband Brandenburg* bzw. dem Vorläufer, der *Unabhängigen Initiative Potsdamer Frauen*. Die hat sich 1989 gegründet und saß in dieser wilden Wendezeit zusammen mit den Parteien SPD, Grünen und *Demokratie Jetzt* im sogenannten Lindenhotel. Um zur Volkskammerwahl antreten zu können, hat sich der Unabhängige Frauenverband am 2. Februar 1990 offiziell gegründet. Es gibt zwar mittlerweile Veröffentlichungen über die oppositionellen Gruppen und neu gegründeten Parteien in Potsdam zur Wendezeit, aber die Frauen kommen darin – man glaubt es kaum, obwohl es die jüngste Geschichte ist – auch dort so gut wie nicht vor. Ich war ja auch Teil dieser Initiative und jetzt bin ich dabei, meine ehemaligen Mitstreiterinnen zu finden, sie zu interviewen und Material zu sammeln. Und damit es nicht verloren geht, werden wir später alles in ein Archiv geben, wo es anderen zugänglich ist und wo es auch gut gelagert ist. Wir wissen ja alle, bei diversen Umzügen verabschiedet man sich von Sachen, die hatten mal eine Bedeutung, aber im aktuellen Leben nicht mehr und damit fliegen sie weg und das will ich verhindern.

Wann werden wir das sehen können?

Also es wird am 11. September 2020 auf jeden Fall eine Veranstaltung zum 30. Jubiläum des *Frauenzentrums* geben. Da werde ich das Projekt vorstellen mit Interviewauszügen, Fotos und wahrscheinlich auch ein paar Filmbeiträgen. Und dann soll es perspektivisch in eine Ausstellung einfließen, die wir im *Potsdam Museum* zum Thema „*Frauen in der Potsdamer Politik vom 19. Jh. bis heute*“ machen wollen. Da sind wir noch in der Planung.

„Wir“ meint?

Zusammen mit dem *Frauenzentrum* und dem *Frauenwahllokal*.

Wenn du einen Wunsch frei hättest in Bezug auf Frauen – was wäre das?

Die gelebte Gleichberechtigung in allen Ländern – weltweit. Kein Mensch denkt mehr daran, dass es mal anders war. ✨

¹ ist im Netz: https://vv.potsdam.de/vv/Strassennamenpool_LHP__open_data_www__20191118.pdf

Geschichtsschreibung

Unerinnerte Aktualitäten: 100 Jahre Kapp-Putsch

VON STEN

Im März 2020 jährt sich zum einhundertsten Mal eines jener Ereignisse aus dem frühen 20. Jahrhundert, das im deutschen Alltagsbewusstsein kaum mehr präsent ist – u.a. weil es durch die folgenden Geschehnisse des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges überlagert wurde, aber auch, weil es in der öffentlichen bundesdeutschen Gedenkkultur faktisch nicht vorkommt – der Kapp-Putsch oder Kapp-Lüttwitz-Putsch.

Im März 1920 versuchten monarchistische und protofaschistische Militärs gegen die junge, aus der Novemberrevolution hervorgegangene, Republik zu putschen. Während sich Militär und Polizei weigerten, die Republik zu verteidigen, organisierten die verschiedenen Organisationen der Arbeiter*innenbewegung (v.a. Gewerkschaften und verschiedenste linke Parteien) den größten Generalstreik der deutschen Geschichte gegen diesen Putsch. Dieser war erfolgreich und ließ den Putsch binnen Kurzem scheitern. Vor allen in den Industriegebieten, insbesondere im Ruhrgebiet, weitete sich dieser Streik aus zu einem Aufstand gegen die trotz der Novemberrevolution faktisch an der Macht gebliebenen politischen und ökonomischen alten Eliten, die den Ersten Weltkrieg zu verantworten hatten und von ihm profitiert hatten (insbesondere die Unternehmen der Stahl- und Montanindustrie, die mit ihrer Kriegsproduktion überhaupt erst die Schlachten des Krieges technisch ermöglicht hatten), während dessen Folgen v.a. von den Arbeiter*innen zu tragen waren.

Im Ruhrgebiet bildeten sich Arbeiterräte und die *Rote Ruhr Armee* als Träger dieses Aufstandes. Nun einigte sich die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung mit den vor Kurzem noch gegen sie putschenden Militärs und ließ diese gegen die Hochburgen der Arbeiterbewegung vorgehen, wo echte und vermeintliche Aufständische in großer Zahl massakriert wurden. Rechte Soldaten ermordeten aufständische Arbeiter*innen, die kurz zuvor noch die Republik gerettet hatten, zum Teil mit Hakenkreuzen an den Stahlhelmen. Der Kapp-Putsch ist eine wesentliche Zwischenstation im Entstehungsprozess jener politischen Formationen und Bewegungen, die später ins Dritte Reich führten.

Auch Potsdam wurde von den Geschehnissen erfasst. Potsdams Oberbürgermeister **Kurt Vosberg** stand, ganz erfüllt vom *Geist von Potsdam*, natürlich auf Seiten der Putschisten. Und auch hier gab es Widerstand gegen den Putsch aus der Arbeiter*innenbewegung, wurde gestreikt und demonstriert. Bei einer Demonstration gegen den Putsch wurden am 16. März 1920 die 19-jährige **Helene Bürger** aus Nowawes, der 24-jährige Schuhmacher **Oskar Heinrich** aus Nowawes, der 27-jährige Maurer **August Fröhle** aus Nauen und der 26-jährige Klempner **Fritz Wilhelm Hagemeister** aus Potsdam auf dem Alten Markt erschossen.

2015 beantragte die Linkspartei aus Anlass des nahenden hundertsten Jahrestages des Geschehens, mit einer Gedenktafel am Alten Markt daran zu erinnern. Der Antrag wurde angenommen, auch wenn „wegen der Baustellensituation“, d.h. des Umbaus Potsdams zur monarchieseeligen Puppenstube, nicht sichergestellt werden könne, dass der Gedenkort schon zum hundertsten Jahrestag fertiggestellt werden könne. Angesichts dessen, dass die Geschichte des Kapp-Putsches im öffentlichen Gedächtnis so verdrängt ist wäre es wichtig, dass die Beschäftigung damit nicht mit dem Anbringen einer Gedenktafel oder mit einem sterbenslangweiligen Symposium des ZZF aufhört. Denn es gibt gerade heute, da die bürgerliche Demokratie in vielen Ländern bedroht ist, autoritäre Bewegungen nach der Macht greifen, da rund um die Welt fast täglich Menschen, die gegen Armut und Hoffnungslosigkeit auf die Straße gehen, von Polizist*innen oder Soldat*innen erschossen werden, gute Gründe an den Kapp-Putsch und den Widerstand dagegen zu erinnern.

Denn er zeigt, dass Menschen für die Verteidigung der Demokratie – im Wortsinne – auf die Barrikaden gehen, nicht weil sie einen politologischen *Status Quo* verteidigen wollen, sondern weil es ihnen um die Verteidigung der eigenen Lebensbedingungen und deren Verbesserung geht. Und dass vor diesem Wunsch nach Verbesserung die Verwalter des Bestehenden in der Regel mehr Angst haben als vor jenen, die das Bestehende in reaktionärer Absicht angreifen.

So kommt es, dass immer wieder jene, die vollmundig die Rede von der „Demokratie“ schwingen, sich sehr schnell mit jenen einigen können, die die Barbarei entfesseln wollen, um gegen die Leute vorzugehen, die das Leben lebenswerter machen wollen. So zuletzt geschehen in Rojava, wo die Vertreter*innen der westlichen Demokratien die kurdischen Kämpfer*innen, die man kurz zuvor noch die Drecksarbeit der Verteidigung gegen den *Islamischen Staat* hat machen lassen, nun von **Erdogan** und seinen islamistischen Söldnern hinschlachten lassen. U.a. mit deutschen Waffen und deutschem Geld. An diese Aktualität des Geschehens von vor hundert Jahre wäre zu erinnern, nicht nur, aber auch am 16. März auf dem Alten Markt. ★



Foto: Putschende Soldaten am Wilhelmplatz in Berlin / Bundesarchiv Koblenz

Geschichtsschreibung

Die Volkskammerwahl 1990

Ein Rückblick und eine Erklärung für eine andere Sichtweise als die gängige

VON CARSTEN LINKE

Wir stecken mitten drin im Jubeljubiläum. 30 Jahre friedliche Revolution, 30 Jahre Mauerfall, 30 Jahre Volkskammerwahl und 30. Jahrestag des 3. Oktober. Ich kann nicht schreiben *Tag der deutschen Einheit*. Denn eine Einheit im Sinne von Vereinigung hat es nie gegeben. Die friedliche Revolution hat es gegeben, auch den Mauerfall. Beides sind Leistungen der Menschen, die im Osten sozialisiert wurden. Doch was ist die Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 gewesen? Eine freie Wahl?

Sie war die letzte Wahl zur Volkskammer der DDR und die einzige, die demokratischen Grundsätzen entsprach. Das ist demokratiethoretisch richtig. Doch dieser Urnengang war viel mehr. Er war ein Ergebnis der friedlichen Revolution und gleichzeitig ein Urnengang, der diese Revolution zu Grabe trug. Er war ein Bruch der staatlichen Souveränität des Ostens. Was war passiert?

Nach dem Mauerfall wurden in der DDR zahlreiche Organisationen gegründet, Runde Tische eingerichtet, die Stasizentralen gestürmt, Räte gegründet und vieles Alte entsorgt. Selbstverwaltung, Selbstorganisation, Selbstbestimmung wurden ausprobiert und ausgelebt. Die Ziele der vielen Bürgerbewegungen schienen umsetzbar zu sein. Meinungsfreiheit herrschte, Presse- und Medienfreiheit entwickelte sich. Beschlüsse würden gemeinsam erarbeitet. Natürlich waren die alten Strukturen noch vorhanden. Aber es bewegte sich etwas. Wir bewegten etwas. Wir nahmen uns die Plätze an den Runden Tischen, richteten offene Räume und ein Bürger*innenbüro ein. Wir wollten einen demokratischen, sozialen und ökologischen Neuanfang in der eigenen Republik gestalten. Die deutsche Einheit war überhaupt kein Thema. Es ging um ein offenes Nebeneinander. Es ging um eine Vertragsgemeinschaft zweier deutscher Staaten statt um eine Volksgemeinschaft.

In der BRD wurden hingegen Pläne geschmiedet, wie man diese neosozialistischen Tendenzen in den Griff bekommen kann und wie verhindert werden kann, dass ähnliche „Graswurzeldebatten“ im eigenen Land entstehen können. Schon Anfang Dezember verging – auch in Potsdam – keine politische Veranstaltung mehr, ohne dass westdeutsche Politiker (selten Politikerinnen) erklärten, wie sie sich die Zukunft vorstellten. Bereits am 28. November 1989 stellte Kohl sein *Zehn-Punkte-Programm* im Bundestag vor, welches die deutsch-deutschen Beziehungen regeln sollte und zur Lösung der „deutschen Frage“ eine Antwort liefern sollte: Die deutsche Einheit. Die *Zwei-plus-Vier-Gespräche* am 13. Februar 1990 machten den Sack für die Ideale der friedlichen Revolution endgültig zu. Offiziell bestand die Notwendigkeit zur Herstellung einer legitimierten Regierung für das DDR-Volk. Die Bundesregierung brauchte einen legitimierten Partner im Osten, mit dem sie die Formalitäten der Auflösung der DDR und die Vereinnahmung verhandeln konnte. Die Modrow-Regierung¹ eignete sich nicht dafür. Sie hielt zu sehr an der *Zwei-Staaten-Lösung* fest.

Ursprünglich war die Volkskammerwahl für den 6. Mai 1990 vorgesehen. Aber aufgrund des Drucks, den die Bundesregierung direkt und indirekt über die Alliierten machte, wurde der Termin vorgezogen. Gleichzeitig drängten auch einige Vertreter*innen der bürgerbewegten Opposition auf vorgezogene Wahlen, um sich gegen die neuen Tendenzen in der politischen Debatte zu erwehren. Längst war aus „*Wir sind das Volk*“ „*Wir sind ein Volk*“ – eine Kampagne der CDU-Bundesgeschäftsstelle – geworden.²

Am 28. Januar 1990 wurde in Verhandlungen zwischen Vertretern des *Runden Tisches* und der Regierung *Modrow* der Wahltag auf den 18. März vorverlegt. Auch die PDS spekulierte auf positive Effekte durch die vorgezogene Wahl. Denn es standen nur sieben Wochen für den Wahlkampf zur Verfügung. Dies stellte die Parteien und Organisationen vor große

- 1 Übergangsregierung vom 18. Nov. 1989 – 18. März 1990; ab 05. Februar 1990 mit acht Minister*innen ohne Geschäftsbereich = Vertreter*innen der Oppositionsbewegung; als sogenannte „Regierung der nationalen Verantwortung“; A.d.R.
- 2 Peter Radunski, damaliger Chef der Öffentlichkeitsarbeit der Bundes-CDU: „Eine Sitzung war am 16.11. abends im Adenauerhaus ... Und bei dieser Kommunikationsrunde, das kann ich aus meinen Notizen deutlich sehen, ist gesetzt worden: Kinder, wir machen ein Plakat „Wir sind ein Volk“. Das heißt, in Weiterentwicklung des Slogans, der in der damaligen DDR skandiert wurde: „Wir sind das Volk.“ Wenige Tage zuvor (am 11.11.1989) hatte die BILD bereits „Wir sind das Volk“ rufen sie heute – „Wir sind ein Volk“ rufen sie morgen! propagiert.

Quelle: https://www.deutschlandfunkkultur.de/wir-sind-ein-volk.1001.de.html?dram:article_id=155887



organisatorische Herausforderungen. Lediglich die in PDS umbenannte SED verfügte über einen Parteiapparat, der sofort einsatzfähig war und über umfangreiche finanzielle Mittel für den Wahlkampf. Dagegen standen die bürgerlichen Parteien vor einem Dilemma. Die liberalen und konservativen Parteien (LDPD, NDPD, CDU, DBD) waren die sogenannten Blockparteien. Sie spielten bis dato die „Blockflöten“ im SED-Orchester. Diese Parteien verfügten zwar über funktionierende Organisationen, aber es mangelte ihnen an Glaubwürdigkeit.

Besonders drastisch traf es aber die im Herbst 1989 neu gegründeten Gruppen und Bürgerbewegungen. Sie verfügten über keine gefestigte Organisation, steckten zum Teil noch mitten in Programmdebatten und verfügten nur über eine minimale Infrastruktur. Geld war für Wahlkämpfe nicht vorhanden.

Die neu gegründete Ost-SPD (anfänglich SDP) schien bei dieser Wahl die weitaus besten Ausgangsvoraussetzungen zu haben – nicht vorbelastet und einen Partner in der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Anfang Februar lag die Ost-SPD bei einer veröffentlichten Umfrage bei 54 Prozent, gefolgt von der PDS mit 12 Prozent und der Ost-CDU mit 11 Prozent. Es dauerte nicht lange und fast alle Parteien und Listen, die zur Wahl antreten wollten, hatten „Partner“ im Westen gefunden oder wurden gefunden. Die CSU fand die DSU und trat somit indirekt erstmals außerhalb Bayerns an. Die Ost-CDU verfügte über den Namen und damit das Markenzeichen der West-Schwester. Als Notlösung wurde aus LDPD und der Forumspartei der Bund Freier Demokraten für die FDP ins Leben gerufen.

Die West- oder Kohl-Strategie gipfelte in der Allianz für Deutschland. Dies war ein Zusammenschluss der Ost-CDU, der neu gegründeten DSU sowie des *Demokratischen Aufbruchs*. Darüber hinaus bildete die CDU Kreispartnerschaften: Jeder Landkreis der DDR wurde von einem Kreis in der Bundesrepublik Deutschland unterstützt. Viele West-Mitglieder nahmen Urlaub, um im Wahlkampf die Allianz zu unterstützen.³

Entscheidend war aber offenbar nicht die Stärke der Organisation, sondern die Glaubwürdigkeit im Versprechen der Währungsunion, der Konsumtion und der Schaffung der staatlichen Einheit. Während der SPD-Kanzlerkandidat **Oskar Lafontaine** einer Wiedervereinigung skeptisch gegenüberstand betrieb der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler **Helmut Kohl** die Einheitsfrage offensiv. Der Preis spielte keine Rolle.

Um für diese *Einig-Deutschland-Position* zu werben, fanden annähernd 400 Veranstaltungen mit ca. 80 Spitzenpolitikern der Unionsparteien im Wahlkampf statt. Daneben erfolgten 1.400 Wahlveranstaltungen der Allianz. „Insgesamt wurden rund 40 Millionen DM für den parteipolitischen Werbefeldzug in der DDR verausgabt, davon ein beträchtlicher Teil aus Steuermitteln der Bundesbürger. (...) 100.000 Schallplatten und Kassetten mit drei Reden Helmut Kohls (...) wurden teils im Einzelversand nach drüben geschickt, teils bei Kohls Wahlkampfauftritten direkt unter seinen Leipziger und Erfurter Fans verteilt. (...) In Erfurt beispielsweise haben hessische CDUler, die mit acht Omnibussen angekarrt wurden, in einer einzigen Nacht 80.000 Plakate geklebt. (...) Die Bundesdeutschen (entdeckten) in der ihnen plötzlich

zugänglich gewordenen DDR ein Terrain, auf dem sich ein Stück versäumter Kolonialgeschichte nachholen lässt (...).“⁴

Die Volkskammerwahlen waren keine freien Wahlen! Sie waren gekaufte Wahlen! Sie waren eine immense Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates durch Dritte. Überall auf der Welt würden wir heute solche Einmischungen massiv verurteilen. Nur in der eigenen Geschichtsschreibung verdrängen wir dies gern und legen einen westdeutschen Deutungsmantel des Schweigens darüber. Auch dies ist ein Grund, warum diese Bonner Republik noch lange keine gesamtdeutsche Berliner Republik ist.

Der Bürgerrechtler **Jens Reich**, einer der Begründer des *Neuen Forums*, der auch Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten war, kommentierte 2009 die Frage der Entwicklung der Demokratie in der DDR so: „Das Bonner Nilpferd ist in einer Massivität gekommen, dass man einfach hilflos war. Im Wahlkampf ist einfach der gesamte Apparatismus des Westens in den Osten gebracht worden. Dem hatten wir nichts entgegenzusetzen. Das waren in die DDR exportierte Westwahlen.“⁵

Der fremdbestimmte Urnengang im März 1990 endete so: Mit 48 Prozent der Stimmen konnte die konservative *Allianz für Deutschland* die Wahl für sich entscheiden. Die basisdemokratisch orientierten Gruppen aus der Bürger*innenbewegung (*Initiative für Frieden und Menschenrechte*, *Neues Forum*, *Demokratie Jetzt*, *Unabhängiger Frauenverband* und *Grüne Partei*), die sich in zwei Listen zusammenschlossen, erreichten in Summe nur 4,9 Prozent.

Der Weg zur Vereinnahmung – nicht zur Vereinigung – war damit frei und die friedliche Revolution endgültig beerdigt. ★

WAHL '90
am 18. März 1990 zur Volkskammer

400 Abgeordnete der Volkskammer werden über Listen von Parteien, politischen Vereinigungen oder Listenvereinigungen gewählt.

Die Wähler dürfen nur mit **einem** Kreuz die Liste ihrer Wahl kennzeichnen.

Die Wahl ist geheim. Es besteht die **Pflicht** zur Benutzung der Wahlkabine.

Wer sich am Wahltag nicht an seinem Hauptwohnsitz aufhält, kann beim zuständigen Rat einen Wahlschein beantragen. Er darf dazu einen Vertreter bevollmächtigen. Mit dem Wahlschein darf sie/er in jedem Stimmbezirk der DDR an der Wahl teilnehmen.

Die Wahllokale sind von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet, in Ausnahmefällen ab 5.00 Uhr.

Die Auszählung der Stimmen erfolgt ab 18.00 Uhr **öffentlich**.

Nutzen Sie die Chance, mit Ihrer Stimme die Liste Ihres Vertrauens zu wählen und bei der öffentlichen Auszählung anwesend zu sein!

Wahlkommission der DDR

⁴ Michael Schneider: *Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie* (= Elefanten-Press. 371). Berlin 1990, ISBN 3-88520-371-5, S. 114 ff.

⁵ Bürgerrechtler Jens Reich: „Politik ist nicht mein Beruf“. FOCUS-Online-Special 20 Jahre Wende, 4. November 2009

³ Kai Diekmann, Ralf Georg Reuth: *Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit.“* 3. Auflage; Propyläen, Berlin 1996, ISBN 3-549-05597-8, S. 288 ff.

Das Reichseinigungsfest

Die Feierlichkeiten zu 30 Jahre Fastgroßdeutschland im Oktober 2020 in Potsdam

VON STEN

Jeder Staat braucht Symbole. Das Einziehen von Steuern, Organisieren von Schulwesen, die Müllabfuhr, die Polizei und das gelegentliche Einmarschieren/Bombardieren anderer Länder lässt sich offenbar leichter durchführen, wenn man den Laden mit Hymne, Fahne und Nationalfeiertag zusammenhält.

Zusammenhalt ist das ganz große Thema des aktuellen deutschen Nationalfeiertags, des 3. Oktobers. Einmal, weil dieser an die Vereinigung der beiden deutschen Staaten (BRD und DDR) zur großen Gesamt-BRD 1990 erinnert. Und zum anderen, weil, damit sich im föderalen Bundesstaat niemand zurückgesetzt fühlt, jedes Jahr eine andere Landeshauptstadt die große Party des zentralen Festaktes ausrichten darf. Naja, Party, in der Regel ist es diese freudlose Mischung aus Bratwurststand und Public Viewing, Polizeiorchester und Feuerwerk, die in Deutschland als Volksfest bezeichnet wird. Nur in groß. In mächtig groß. Und was groß und mächtig angeht, droht uns im Oktober 2020 in Potsdam einiges.

Da ist Potsdam nämlich dran, den zentralen Festakt abzuhalten. Und Verwaltung und Presse freuen sich schon auf „mehrere hunderttausend“, wenn nicht 500.000 oder sogar 750.000 Besucher*innen, die im Stadtzentrum zwischen Lustgarten, Platz der Einheit und Zeppelinstraße sich an Ständen vorbeischieben werden, auf Bühnen Künstler*innen lauschen, die vom Geist des patriotischen Dabeiseindürfens erfüllt sind oder einfach mal wieder 'ne Mucke brauchen und mit dem Anlass nicht so pingelig sind.

Das Fest, so Ministerpräsident **Woidke**, sei „eine Präsentation der gesellschaftlichen Entwicklung Brandenburgs in den vergangenen 30 Jahren“. Da geht es natürlich nicht um die in den letzten 30 Jahren von Stolzdeutschen ermordeten Ausländer*innen, Linken, Schwarzen, Behinderten und Jüd*innen, die seit 1990 wieder möglichen und mittlerweile aus der Umgebung von Potsdam gelenkten deutschen Militäreinsätze in aller Welt, um Austerität und Vormachtspolitik.

Nein, da wird dann wieder die Geschichte erzählt, welche erfolgreiche Entwicklung das Land genommen hat, seitdem in den Dörfern die Kulturhäuser geschlossen und Grund und Boden wieder in die Hände profitorientierter Eigentümer überführt wurden. Deswegen dürfen dieses Mal auch die Landkreise Stände aufstellen. Wahrscheinlich um sie dafür zu entschädigen, dass die alte Landesregierung im Rahmen der Kreisgebietsreform plante, massiv kommunale Strukturen zu zerschlagen und sich davon nicht durch den begründeten Widerspruch aus den Kreisen, sondern nur durch die massiven Wahlerfolge der AfD abbringen ließ.

Apropos AfD, zu erwarten ist 2020 auch, das nicht nur den Landkreisen symbolisch geschmeichelt wird, auch die Seele der Zonis, die man neuerdings pflegen zu müssen meint, um sie davon abzuhalten zu offen als solche erkennbare Faschist*innen zu wählen, dürfte auf dem Fest gepflegt werden. Vielleicht tritt **Alexander Scheer**, Star des Gundermann-Films von **Andreas Dresen** auf einer Bühne auf und darf Lieder über den Tagebau singen (während *Inferno Cottbus* und die Kameraden von der Cottbusser Polizei für Sicherheit sorgen). Vielleicht gibt es auch Grabower Küsschen für alle und Ex-Bundespräsident **Gauck** darf über die Freiheit sinnieren, diese so wie früher zu nennen.

Nun gut, aber Landkreise und die wunde Ossiseele sind nur Nebenpunkte im Programm. Zentral soll es um „die Marken Film, Wissenschaft, Schlösser und Gärten“ und die Lebensqualität in einer „behutsam wachsenden Stadt“ gehen.

Also, auch wenn 450.000 Abgreifer*innen auf der Suche nach kostenlosen Polizeikulis und VS-Basecaps die Stadt fluten, eigentlich soll am 3. Oktober jenen gehobenen Angestellten von Kultur- und Wissenschaftsbetrieben, die sich das Wohnen in Potsdam noch leisten können, die Stadt nochmal als Wohn- und Geschäftsadresse angepriesen werden. So trist das ist, so sehr ist zu hoffen, dass unter diesem Gesichtspunkt das „Bauprojekt von nationaler Bedeutung“, die Nazikirche in der Breiten Straße, zwischen dem Stand des Landkreises Oberhavel und dem des *Deutschen Bauernbundes* nur eine „Attraktion“ unter vielen sein wird. Wie es dann in 15 Jahren aussieht, wird unter anderem davon abhängen, ob der 3. Oktober dann noch als „Tag der Deutschen Einheit“ Feiertag ist oder schon „Reichseinigungsfest“ oder einfach – man wagt es kaum zu hoffen – arbeitsfrei, weil man sich dran gewöhnt hat, aber ohne nationalen Vermarktungsstrubel drumherum. ✨



Inklusion ist ein Trugschluss

Djamal Okoko und Kai Okurka leben in Potsdam und bewegen sich in Rollstühlen fort. Unter Integration verstehen sie etwas anderes als die meisten Menschen, die zwar gerne darüber reden, die Idee aber im eigenen Denken nicht verinnerlicht haben.

EIN INTERVIEW VON JULIA UND ANJA LAABS MIT DJAMAL OKOKO UND KAI OKURKA

JULIA & ANJA LAABS

Ihr lebt beide schon lange in Potsdam. Was hat Euch hergeführt?

KAI: Ich bin in Bochum geboren. Als ich 16 Jahre wurde, hatte meine Vater immer noch die volle Vormundschaft über mich. Weil ich damals die Band BAP auf ihrer Tour durch Deutschland begleiten wollte und das ohne die ständigen Erlaubnisse meines Vaters nicht möglich gewesen wäre, wurde die aufgehoben. Mein Vater hatte damals den Status eines Gebrechlichkeitspflegers, obwohl ich das gar nicht gebraucht hätte. Das war normal so. Die Partnerschaft zwischen der evangelischen Rehabilitationseinrichtung in Vollmerstein und dem Oberlinhaus in Potsdam brachte mich hierher.

DJAMAL: Geboren wurde ich in Berlin, 2001 sind wir dann nach Potsdam gezogen. Hier bin ich in den Kindergarten gegangen und später in eine Grundschule. Nach dem Gymnasium begann ich mein Studium für Produktdesign. Inzwischen bin ich im 5. Semester.

Kindergarten, Schule, Studium oder Ausbildung. Das klingt nach einer üblichen Lebensgeschichte.

KAI: Mit anderthalb Jahren brachten mich meine Eltern ins Kinderheim. Grund war meine Behinderung. Meine Eltern waren überfordert mit mir. Dort verbrachte ich



links: KAI OKURKA / rechts: DJAMAL OKOKO / beide Fotos privat

meine ersten Lebensjahre. Ich kam erst mit acht Jahren in die Schule – in eine Lernbehindertenklasse einer Förderschule. Es war ein sehr individueller Unterricht. Wir waren nur sechs Schüler*innen in der Klasse. Aufgrund meiner Mathe- und Deutschprobleme blieb ich in der 4. Klasse zweimal sitzen. Eine wirkliche Förderung, so wie sie Schüler*innen heute an jeder Grundschule bei solchen Problemen bekommen, erhielt ich nie. Kurz vor dem Schulabschluss in der 9. Klasse, gab es so eine Art Entlassungsgespräch mit dem Arbeitsamt. Weder wurden uns Berufe vorgestellt, noch gab es Berufsangebote. Ich machte ein Praktikum in einer Werkstatt, so wie es alle Behinderten seinerzeit machten. 1984 beendete ich die Schule ohne eine Fremdsprache. Mit meiner vergleichsweise geringen Behinderung gehörte ich nicht an eine Förderschule. Mein Lebensweg war vorgezeichnet. Gefragt wurde ich nie.

DJAMAL: Ich ging in einen ganz „normalen“ Kindergarten. Als es um die Suche nach einer Grundschule ging, verwies man uns zunächst an die Oberlinschule. Ich kann mich an eine Führung dort erinnern. Meinen Eltern und mir wurde schnell klar, dass ich nicht an diese Schule gehörte. So kam ich auf die *Evangelische Grundschule* in Potsdam. An eine Förderschule nur aufgrund meiner körperlichen Einschränkungen zu gehen, kam für mich und meine Eltern nicht in Frage. Mich umgaben immer wieder Menschen, die sich für mich einsetzten und mir dadurch eine reguläre Schulbiographie ermöglichen.

Förderschulen gelten als geschützte Räume, in denen sich Kinder mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen gemäß ihren Besonderheiten entwickeln können. Ein lobenswertes Konzept?



KA1: Förderschulen sind eigentlich nicht nötig. Anders als in Regelschulen erfahren Kinder dort aber wenigstens keine Diskriminierung durch nichtbehinderte Menschen. Dennoch sind sie ausgeschlossen und dadurch innerhalb der Gesellschaft diskriminiert. Das Problem ist, dass in Regelschulen der Kontakt zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern schwierig sein kann, wenn grundlegende Strukturen nicht stimmen. Die Klassen müssten kleiner sein. Nicht nur bedürftige Schüler*innen, auch die Lehrer*innen benötigen eine Assistenz im Unterricht. Die bedeutendste Eigenschaft eines Lehrers an einer Inklusionsschule ist Empathie. Das wichtigste jedoch ist die Nestwärme, der liebevolle Rückhalt der Eltern.

DJAMAL: Dass Unterschiede „normal“ sind, muss bereits im Kindergarten erfahren werden. Wachsen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam auf, verfügen sie über ganz andere soziale Fähigkeiten als wenn sie voneinander isoliert werden. Das Förderschulsystem beeinflusst schon von frühester Kindheit an massiv den Lebensweg von Menschen. Dieser sogenannte geschützte Raum ist in Wahrheit ein isolierter Raum, in dem das eigene Selbstbild, die Selbstwahrnehmung und am Ende das Selbstbewusstsein ganz anders geformt werden. Und das macht die Schulsysteme doch eigentlich aus, wie sie auf individueller Ebene wirken und den Menschen Lebensperspektiven aufzeigen. Durch das diskriminierende Förderschulsystem geht viel Potential verloren. Ich frage mich, warum mir anfangs überhaupt die Oberlinsschule empfohlen wurde. Wäre ich dort zur Schule gegangen, würde ich heute sicher nicht Produktdesign studieren.

Auf gesetzlicher Ebene scheint viel geregelt zu sein, um Menschen mit Behinderungen nicht auszuschließen. Laut Grundgesetz darf niemand aufgrund einer Behinderung benachteiligt werden. Das Behindertengleichstellungsgesetz soll deren gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglichen. Wo ist das Problem?

KA1: Behinderte Menschen werden entmündigt – nach wie vor. Es gibt auch noch das Bundessteuergesetz. Gerade bei dem zeigt sich besonders gut, wie es um die Teilhabe steht. Für viele bedeutet dieses Gesetz zu viel(!) Beteiligungsrechte behinderter Menschen. Doch davon sind wir weit entfernt. Mein Alltag ist geprägt von Ausgrenzungen, bevormundenden Pflegestrukturen und einer sehr niedrigen Rente. Aufgrund meiner Biographie habe ich nie wirklich Geld verdient. Immer war ich von einem Wohnheim aus tätig. In Werkstätten habe ich Schrauben oder Ordner hergestellt, war kurze Zeit als Hilfsbürokrant und Pfortner tätig oder ich verkaufte Zeitungen. Heute bin ich auf eine EU-Rente angewiesen. Obwohl ich mehrere Jobs habe, verdiene ich für meine Arbeit kein Geld. Am Ende würden sie mir meinen kleinen Zuverdienst von der Rente abziehen. Weil ich aber gern arbeite, mache ich es eben ehrenamtlich.

DJAMAL: Ich frage mich, wie viele Menschen wirklich bereit sind, gegen grundlegende Ausgrenzungsmechanismen vorzugehen. Letztlich würde das ja das Leistungsprinzip und das Prinzip gesellschaftlicher Hierarchisierungen aushebeln. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist eine gute Zielstellung, beinhaltet Dinge wie die Teilhabe in allen Lebensbereichen und damit Selbstbestimmung. Allerdings wurden die Inhalte durch die Übersetzung in nationales Recht und die Anwendung auf kommunaler Ebene stark abgeschwächt. Ausgrenzungsmechanismen gibt es trotz dieser Gesetze immer noch. Ich habe die Hoffnung, in Gesprächen

und durch Argumente einzelne Menschen von den Vorteilen einer offenen Gesellschaft zu überzeugen, damit das gemäß dem Multiplikatorprinzip weit gestreut wird. Es braucht mehr Mut und Engagement, um unkonventionellere und vielleicht auch schwierigere Wege zu gehen. Aufgrund meiner Behinderung kann ich beispielsweise nicht so viel Zeit in mein Studium investieren wie Student*innen ohne eine solche. Anstatt bis in die Nacht an Projekten zu feilen, bin ich auf die Abendversorgung und z.B. Physiotherapien angewiesen. Das Schlimmste aber ist der unfassbar hohe bürokratische Aufwand. Immer wieder muss ich fordern, bitten und mich für meine notwendige Assistenz im Studienalltag rechtfertigen. Heutzutage wird viel von Inklusion geredet. Aber die gängige Auffassung von Inklusion ist ein Trugschluss, sie existiert nicht, sie ist lediglich ein anzustrebendes Ziel, ein Prozess.

Was also tun?

KA1: Behinderte Menschen brauchen eine gleichberechtigte Mitsprache in allen Bereichen der Gesellschaft. Oftmals sind Behinderte schon durch die festgelegte Pflegestruktur so stark in ihrem Alltag fremdbestimmt, dass ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur sehr eingeschränkt möglich ist. Ein selbstbestimmtes Leben beginnt bei der Entscheidungsfreiheit über die eigene Pflege. Wenn ich mir mit einem festgelegten Pflegebudget eine flexible und auf meine Bedürfnisse zugeschnittene Pflege leisten kann, bin ich auch in der Lage, meinen Alltag selbstbestimmt zu gestalten und am sozialen und politischen Leben teilzunehmen. Auf der Verwaltungsebene müssen Bund und Kommunen in allen Fragen, die die Integration behinderter Menschen betreffen, besser zusammenarbeiten. Die Verantwortung darf nicht delegiert werden.

DJAMAL: Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der persönliche Eigenschaften und nicht eine Behinderung darüber entscheiden, ob du zu einer Gruppe gehörst oder nicht. Betrachtet man einen Menschen mit oder ohne Behinderung, so entspricht der soziale, wirtschaftliche und politische Abstand, der zwischen beiden besteht, dem Aufwand, den eine Gesellschaft betreiben sollte, um ihn zu beseitigen. Ich lebe in stark strukturierten Tagesabläufen und viele Dinge, die ich tue, verlangen viel Kraft und Ressourcen. Da ist das politische Geschäft sehr anstrengend und letztlich auch frustrierend. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind sehr eingeschränkt. Auf kommunaler Ebene müssen Menschen mit Behinderungen in alle sie betreffenden Entscheidungen einbezogen werden. Das ist bislang nur teilweise der Fall. Ich entwickle lieber Konzepte und Modelle, z.B. im städtebaulichen Kontext, als mich in politischen Streitigkeiten zu verlieren. In allem, was ich tue, spielt der inklusive Gedanke eine tragende Rolle. Leider ist die Lobby all jener Menschen mit Behinderungen nicht stark genug, um unsere Position sichtbar zu machen. Und leider ist es auch nicht so, dass diskriminierte Menschen automatisch bereit sind, anderen Diskriminierungsformen den Kampf anzusagen. Ich wünsche mir ein Potsdam, das sich in der Frage der Teilhabe von Menschen mit anderen Bedürfnissen klar positioniert. Zu einer innovativen Stadt gehören nicht nur eine florierende Wirtschaft, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Für mich ist entscheidend, welchen Rahmen Menschen in dieser Stadt haben, um individuelle Lebenswege vorurteilsfrei und ohne Stigmata auf der Basis eigener Fähigkeiten und Fertigkeiten gehen zu können. ★

Der Bürger*innen-Haushalt 2020/21

Klare Voten gegen das Garnisonkirchenprojekt und für mehr ökologische und soziale Aktivität

VON CARSTEN LINKE

Zehn Wochen hatten die Potsdamer*innen Zeit, online oder per Post ihre Stimmen abzugeben. Mehr als 17.500 Potsdamer*innen haben teilgenommen. Welche Vorschläge haben in den drei Kategorien gewonnen?

Bei der Haushaltssicherung sind es „Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“, „Hundesteuer erhöhen“ und „Open-Source-Software“. Im Bereich laufende Verwaltung rahmen die Ökothemen „kostenfreier ÖPNV“ und „Klimanotstand/Schutzprogramm beschleunigen“ den sozialen Punkt „Faire Bezahlung/Tarifvertrag im Klinikum“ ein. Das Bürgerbegehren dazu läuft auch Hochtouren. Es wurden schon über 15.000 Unterschriften gesammelt. Bei der Investitionsplanung liegen zwei Verkehrsthemen vorn: „Fahrradwege ausbauen und sicher gestalten“ und „Umgehungsstraße realisieren (3. Havelübergang)“. Gefolgt von zwei anderen Ökothemen.


Es fällt auf, dass viele dieser Vorschläge schon in den vergangenen Jahren das Interesse und die Zustimmung der Stadtbevölkerung fanden. Daraus könnte geschlussfolgert werden, dass es den Menschen Ernst damit ist und dass es ihnen bei der Umsetzung deutlich zu langsam geht. Nahverkehr stärken, autofreie Innenstadt und Fahrradfreundlichkeit waren schon im letzten Jahr Top-Themen. Kontrapunkt dazu ist auch schon seit einiger Zeit der 3. Havelübergang. Doch auch andere Themen und Konflikte leben wieder auf.

„Kein städtisches Geld für die Garnisonkirche“ war schon in den Jahren 2010 bis 2017 Spitzenreiter im Bürger*innen-Haushalt. Für den Doppelhaushalt 2018/19 waren es 15.123 Punkte und ebenfalls Platz 1. In diesem Jahr sind noch mehr Punkte zusammengekommen: 20.589. Zweitplatzierte Vorschlag ist „Fahrradwege ausbauen und verbessern“ mit 16.854 Zählern. Auf Platz 3 landete die unökologische Verkehrsalternative dazu, die „Umgehungsstraße mit 3. Havelübergang“ (13.051 Punkte). Ebenfalls fünfstellig wurde „kostenfreier ÖPNV“ (12.004 Punkte). Der Vorschlag ist damit Sieger in der Kategorie „laufende Verwaltung“. Er greift eine langjährige Forderung der Wähler*innengruppe DIE aNDERE auf. Gleiches gilt für die Forderungen „Faire Bezahlung der Mitarbeiter*innen im Klinikum“, „mehr Klima- und Baumschutz bzw. Stadtgrün“, „autofreie Innenstadt/verkehrsberuhigte Quartiere“ und „Fahrradwege ausbauen und sicher gestalten“.

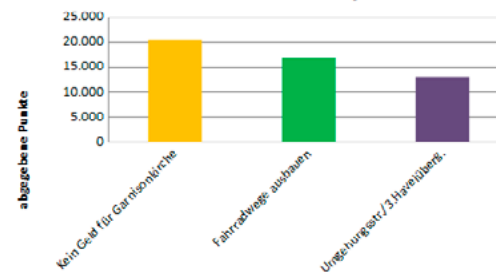
Beim alljährlichen Pro und Contra zur Garnisonkirchenunterstützung stand „Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“ (Nr. 10) dem Vorschlag „Oberbürgermeister soll Wiederaufbau der Garnisonkirche unterstützen“ (Nr. 11) direkt gegenüber. Das

Punkteverhältnis im aktuellen Bürger*innenhaushalt beträgt 8,33 zu 1. Ein klares Votum der Stadtgesellschaft! Während die Gegner*innen des Wiederaufbauprojekts über 20.000 Punkte haben, haben die Befürworter*innen keine 2.500. Der Mitteschön-Vorschlag (Nr. 11) ist auch ein Gegenvorschlag zum letzten Votum der Stadtverordneten. Diese haben mit der Annahme des Bürgerbegehrens beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle für die Stadt rechtlich zulässigen Möglichkeiten zu nutzen, um auf die Auflösung der Stiftung Garnisonkirche Potsdam hinzuwirken.“

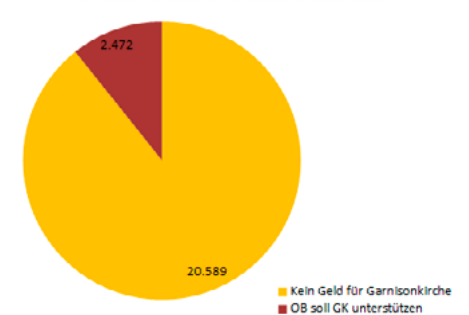
Aktuell will der OB **Schubert** diesen Auftrag negieren und die Zusammenarbeit mit der Stiftung wieder aufnehmen und intensivieren. Ein wirkliches Votum dafür hat er von der Bürger*innenschaft nicht! Daran ändert auch die Anhörung zu seinem Schnellschuss *Jugendbegegnungsstätte* nichts. Der Oberbürgermeister wäre gut beraten, die Haushaltsvorschläge nicht nur wörtlich ernst zu nehmen, sondern auch als stellvertretende Abstimmung über das Wiederaufbauprojekt als solches zu betrachten. Eine eindeutige Klärung könnte natürlich eine Bürger*innenbefragung bringen.

Doch diese Chance hat die Stadtspitze im Wahljahr 2019 trotz dreier Wahlen erneut verpasst. Für 2020/21 ist klar: Die Potsdamer*innen wollen mehr Klimaschutz, besseren ÖPNV, mehr Fahrradwege. Und sie wollen dass nicht nur geredet wird, sondern gehandelt! 

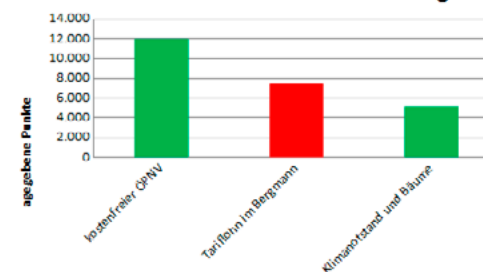
Die TOP-3 BüHH-2020/21



Die Bürger*innen haben abgestimmt: Pro- und Contra Garnisonkirche



Die TOP-3 der laufenden Verwaltung



links oben: die drei Vorschläge mit den meisten Punkten

links unten: ökologische und soziale Forderungen an die rot-rot-grüne Rathauskooperation

rechts: ein klares Votum gegen das Wiederaufbauprojekt und gegen eine weitere städtische Beteiligung

Partizipatives Sponsoring durch die ProPotsdam – DIE aNDERE hilft gern!

Teil 6

VON ARNDT SÄNDIG

In der vergangenen Legislaturperiode erhöhte die Landeshauptstadt die Diäten für die Mitglieder der Aufsichtsräte ihrer kommunalen Töchter. Bei der *ProPotsdam* – einer hundertprozentigen Tochter der Stadt – stieg die Aufwandsentschädigung von 100 Euro auf 550 Euro pro Sitzung. Doch den Vorwurf der Versorgungsmentalität ließen die Fraktionen der damaligen Rathauskooperation nicht gelten. Die Bürde der Verantwortung müsse angemessen entlohnt werden. Eine Steigerung um 450 Prozent schien der dahingeschiedenen Kooperation daher plausibel.

DIE aNDERE kommt durch ihren Sitz im Aufsichtsrat der *ProPotsdam* auch in den Genuss der vervielfachten Diäten. Allerdings spendet das von den aNDEREN entsandte Aufsichtsratsmitglied die Diätensteigerung an die Wähler*innengruppe zurück. DIE aNDERE unterstützt mit dem Geld die *ProPotsdam* beim partizipativen Sponsoring wichtiger, von der Wähler*innengruppe sorgfältig ausgewählter Projekte.

Das Jahr 2019 stand jedoch zunächst im Zeichen der Kommunalwahl. Im **Wahlkampf** kann DIE aNDERE stets mit ihren zahlreichen Unterstützer*innen und Alleinstellungsmerkmalen wie dem *Comicplakat* oder der *Bilanz* punkten. So ist es bei DIE aNDERE zur Tradition geworden, die zurückliegende Legislaturperiode auf den Prüfstand zu stellen und Erfolge wie Niederlagen zu dokumentieren. Die Arbeit der Fraktion wird dabei an den eigenen Wahlversprechen gemessen. Doch Plakate, Aufsteller und **Bilanzbroschüre** kosten Geld. Hier leistete die *ProPotsdam* durch ihre großzügige Gratifikation des DIE aNDERE Aufsichtsratsmitglieds indirekt wichtige finanzielle Wahlkampfunterstützung für Potsdams erfolgreichste Wähler*innengruppe, die erstmals ein zweistelliges Ergebnis einfahren konnte: **Danke ProPotsdam!**

Auch nach der Kommunalwahl gelang es DER aNDEREN, die Gelder der *ProPotsdam* zielorientiert umzuleiten. Das dritte **Bürgerbegehren** der letzten Jahre zielt auf bessere Arbeitsbedingungen am Städtischen Klinikum *Ernst von Bergmann*. Zentrale Forderung ist die Rückkehr in den Tarifvertrag. Auch hier konnten die Ausgaben für die notwendigen Formalitäten eines Bürgerbegehrens sowie Flyer und Unterschriftenlisten durch den Beitrag der *ProPotsdam* abgedeckt werden.

Beim Streit über die Entschädigungsforderungen der **Hohenzollern** griff die *ProPotsdam* dem satirischen *Komitee für preußische Leichtigkeit* unter die Arme. Im Rahmen der Spenden-**Aktion Sorgenprinz** (Titelseite & Foto ►) für die Nachfahren des letzten deutschen Kaisers wurden neben der Kutschenauffahrt der Stadtschlosskopie hochanspruchsvolle Sachspenden

der Bevölkerung für die **Hohenzollern** entgegengenommen. Um die Aktion zu bewerben, bedurfte es einer ansprechenden Öffentlichkeitsarbeit.

Ohne das finanzielle Engagement der *ProPotsdam* hätte die Wähler*innengruppe DIE aNDERE Wahlkampf und Bürgerbegehren wie auch weitere Aktionen ausschließlich aus Eigenmitteln finanzieren müssen, die so zugunsten anderer wichtiger Aktivitäten geschont werden konnten.

Auch in den kommenden Ausgaben dieser Zeitschrift wird DIE aNDERE über wichtige aus den *ProPotsdam* Diäten finanzierte Projekte berichten. ★



© KPL

Impressum

Herausgeberin dieses Heftes ist die Fraktion und die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam – Februar 2019



An diesem Heft haben mitgewirkt: **LUTZ BOEDE, ANJA HEIGL, SARA KRIEG, ANJA LAABS, JULIA LAABS, CARSTEN LINKE, ANNEGRET PANNIER, STEFFEN PFROGNER, JENNY PÖLLER, ARNDT SÄNDIG, STEN**

Gestaltung: **MARCUS GROBE** ► retrox@gmx.net

DIE aNDERE
c/o JAN WENDT
Dortustraße 1
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
f [@DIEaNDERE Potsdam](https://www.facebook.com/DIEaNDERE Potsdam)



EV B
ENDLICH
VOLL
BEZAHLEN

SAMMELREKORD!

Vom 21. August bis 22. Dezember sammelten Beschäftigte des Klinikums, Patient*innen, Angehörige und Unterstützer*innen für das Doppelbürgerbegehren für faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Klinikgruppe EvB jeweils mehr als 17.500 Unterschriften.

Wir rechnen mit einem Bürgerentscheid im Mai. DIE ANDERE wird die Initiative natürlich auch weiterhin in der SVV und an den Infoständen tatkräftig unterstützen.